



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September 2000

Thanh-Huyen Ballmer-Cao, Caroline Eggli, Mario Konishi, Michael Lanszki,
Lionel Marquis

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Solarinitiative	31.9%	68.1%
Förderabgabe für erneuerbare Energien	46.6%	53.4%
Energielenkungsabgabe für die Umwelt	44.6%	55.4%
Initiative für eine Regelung der Zuwanderung	36.3%	63.7%
Initiative für das konstruktive Referendum	34.2%	65.8%
Stimmbeteiligung	43.4%	



GfS Forschungsinstitut
Büro Bern
Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19
e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität
Genf

Abteilung für Politikwissenschaft
Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät
102, boulevard Carl-Vogt, 1211 Genf 4
Telefon 022 705 83 60

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen und Wahlen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut verantwortlich. Die Federführung für die vorliegenden Nummer liegt bei der Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf.

Abteilung Politikwissenschaft der Universität Genf

Gesamtverantwortung: Prof. Than Huyer, Ballmer-Cao
Analyse/Auswertung: Caroline Egli, Mario Konishi, Michael Lunszki, Lionel Marquis

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Projektleitung: Claude Longchamp
Stellvertreter/EDV-Auswertung: Urs Bieri
Feldchef: Georges Ulrich
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
CATI-Support: Simon Vetterli

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland Fr. 30.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977–1995) können für Fr. 600.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Prof. Than Huyer, Ballmer-Cao et al. (2000), Analyse der eidg. Abstimmung vom 24. September 2000, VOX Nr. 71, GfS und Universität Genf. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, Bern 1977 ff.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Die Bedeutung der Vorlagen und die politische Sachkenntnis ...	5
2. Zu den Auswirkungen der Kampagnen	7
3. Die drei Energievorlagen	8
3.1 Die Ausgangslage.....	8
3.2 Das Abstimmungsprofil.....	8
3.3 Die Entscheidungsmotive	12
3.4 Der Anklang der Argumente.....	14
3.5 Die Abstimmungsstrategien	16
4. Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung»	18
4.1 Die Ausgangslage.....	18
4.2 Das Abstimmungsprofil.....	18
4.3 Die Entscheidungsmotive	22
4.4 Der Anklang der Argumente.....	23
5. Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag».....	25
5.1 Die Ausgangslage.....	25
5.2 Das Abstimmungsprofil.....	25
5.3 Die Entscheidungsmotive	28
5.4 Der Anklang der Argumente.....	29
6. Die Stimmbeteiligung	31
Bilanz der Abstimmungen	35

Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden (vorläufige amtliche Ergebnisse)

Kanton	Resultate der Abstimmungen vom 24. September 2000					
	Stimmbeteiligung in %	Solar- initiative Ja in %	Förder- abgabe Ja in %	Lenkungs- abgabe Ja in %	Regelung der Zuwanderung Ja in %	Konstruktives Referendum Ja in %
CH	43.6	31.9	46.6	44.6	36.3	34.2
ZH	46.5	38.3	51.6	51.8	35.1	34.4
BE	44.0	34.0	50.2	49.0	36.8	32.7
LU	49.7	28.4	43.7	42.6	42.2	32.2
UR	41.6	26.3	39.8	35.6	39.7	29.6
SZ	46.5	23.3	37.9	36.8	48.4	32.1
OW	45.0	25.2	41.3	38.5	38.3	28.0
NW	47.6	24.5	37.5	34.8	40.5	34.2
GL	42.0	26.8	39.6	37.2	44.5	31.7
ZG	49.5	28.2	44.7	44.1	35.3	27.5
FR	46.6	20.9	40.8	34.2	30.8	32.5
SO	47.9	27.3	38.2	39.3	44.5	36.2
BS	52.3	42.8	56.0	57.0	36.4	37.5
BL	46.1	34.8	46.9	46.5	37.5	34.1
SH	63.4	31.4	38.6	39.9	37.0	33.8
AR	49.0	29.7	43.1	41.2	38.4	30.8
AI	38.5	24.8	38.7	35.1	40.3	23.9
SG	46.6	28.4	45.7	44.9	41.4	32.5
GR	35.8	36.9	56.4	54.7	31.1	33.4
AG	41.9	25.3	39.2	38.8	47.5	33.2
TG	43.7	28.0	40.6	41.9	44.1	31,2
TI	35.7	30.8	45.9	42.9	40.6	42.6
VD	38.9	30.2	46.6	38.7	24.3	35.4
VS	36.1	27.4	43.1	34.1	27.6	30.9
NE	41.2	30.5	40.7	34.1	25.6	41.1
GE	51.2	35.9	52.6	44.4	23.9	40.8
JU	38.1	26.5	41.0	34.6	25.6	35.7

Quelle: NZZ, 25.9.2000

1. Einleitung: Die Bedeutung der Vorlagen und die politische Sachkenntnis

Am 24. September 2000 waren die Schweizer Stimmberechtigten aufgerufen, sich zu fünf Abstimmungsvorlagen zu äussern. Drei davon hatten einen energie- und umweltpolitischen Inhalt: (1) eine Initiative «für die Einführung eines Solarrappens» (im Folgenden «Solarinitiative»); (2) der Gegenvorschlag, den das Parlament ihr in Form einer Abgabe zur Förderung erneuerbarer Energien entgegengesetzt hatte (im Folgenden «Förderabgabe»); (3) ein Verfassungsartikel zur Einführung einer Energielenkungsabgabe. Zur Abstimmung kamen noch zwei weitere Vorlagen: eine weitere Initiative (die sechste seit den 70er-Jahren) zur Begrenzung der Einwanderung sowie eine Initiative zur Einführung des konstruktiven Referendums. Angesichts ihres formalen Status (Verfassungsänderung) unterlagen die fünf Vorlagen der Abstimmung durch Volk und Stände, aber schliesslich erhielt keine von ihnen auch nur eine einfache Mehrheit.

Wie aus der Stimmbeteiligung deutlich wird, war diese Abstimmung in den Augen der Stimmberechtigten von durchschnittlicher Bedeutung. Es scheint aber, dass die Initiative für eine Regelung der Zuwanderung eine Antriebsrolle gespielt hatte, wenn man der Bedeutung Glauben schenkt, welche die Befragten den verschiedenen Vorlagen zumassen (Tabelle 1.2). Sowohl auf persönlicher wie auf nationaler Ebene wurde die 18%-Initiative als wichtiger angesehen als dies dem Mittel der letzten Jahre entsprach, während die drei Energievorlagen sich im normalen Rahmen bewegten. Im Vergleich dazu stiess das konstruktive Referendum nach einer blutleeren Kampagne auf kein grosses Interesse beim Stimmvolk.

Tabelle 1.2: Bedeutung der Abstimmungsvorlagen für das Land und für die Stimmenden selbst (Durchschnitt für jede Vorlage)

	1993–1999	Solar- initiative	Förderabgabe	Lenkungs- abgabe	Einwanderungs- initiative	Konstruktives Referendum					
Bedeutung	Durchschnitt	Durchschnitt	Durchschnitt	Durchschnitt	Durchschnitt	Durchschnitt					
Für das Land	6.5	6.6	902	6.8	877	6.7	851	7.9	931	5.4	759
Für sich selbst	4.9	5.0	935	4.8	923	4.7	899	6.4	960	3.5	850

Die Abweichungen bei der Bedeutung, welche den verschiedenen Vorlagen zugemessen wurde, spiegelt sich in den Abweichungen, welche aufgrund anderer Messungen deutlich wurden, angefangen mit der Schwierigkeit der Meinungsbildung über die Vorlagen bei den Stimmenden (Tabelle 1.3).

Es zeigt sich deutlich, dass die 18%-Initiative den StimmbürgerInnen keine besonderen Probleme bot, was kaum erstaunt, da dieses Thema immer wieder zur Abstimmungen gelangt. Zu schaffen machten ihnen dagegen die drei Energievorlagen, ein hoher Prozentsatz von Befragten gab zu, dass sie sich nur schwer eine Meinung bilden konnten (rund 45%, im Vergleich zu durchschnittlich einem Drittel in den vergangenen Jahren). Doch ist festzuhalten, dass die Solarinitiative offenbar etwas weniger Probleme bot als der Gegenvorschlag des Parlaments und die Lenkungsabgabe. Beim konstruktiven Referendum

Tabelle 1.3: Schwierigkeit der Meinungsbildung über die Abstimmungsvorlagen (in Prozent)

	Mittel 1993-1999	Solar- initiative	Förder- abgabe	Lenkungs- abgabe	Ein- wanderungs- initiative	Konstruktives Referendum
Eher leicht	54	40	34	33	60	29
Unentschlossen	12	17	20	21	14	26
Eher schwierig	33	44	46	46	26	46
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%
n	(46'566)	(1002)	(1001)	(1002)	(1006)	(992)

rendum war die Anzahl der Unentschlossenen höher – eine grosse Zahl Befragter hatte wahrscheinlich überhaupt keine Meinung zum Thema und hatte grosse Schwierigkeiten, sich in der Umfrage dazu zu äussern.

Die Schwierigkeit bei der Meinungsbildung zu den Vorlagen hing vor allem davon ab, wie gut jemand darüber im Bild war. Deshalb variiert das Niveau der politischen Sachkenntnis der Stimmenden¹ entsprechend dem Schwierigkeitsgrad (bei den fünf Vorlagen liegt der Korrelationskoeffizient Gamma zwischen .30 et .48, $p < .001$). So erstaunt es nicht, dass das allgemeine Niveau der Sachkenntnis bei der 18%-Initiative höher war (s. Tabelle 1.4). Dagegen zeigten die Stimmenden eine extrem tiefe Kenntnis beim konstruktiven Referendum. Und bei der Kenntnis zu den Energievorlagen schliesslich zeigten sich die gleichen Abweichungen wie beim Schwierigkeitsgrad: die Solarinitiative war besser bekannt als der Gegenvorschlag, noch weniger bekannt war dagegen der Inhalt bei der Lenkungsabgabe. Gesamthaft lag nur die Kenntnis der Solarinitiative und der Einwanderungsinitiative über dem Mittel.²

Tabelle 1.4: Niveau der Sachkenntnis über die vier Vorlagen (in Prozent, nur Stimmende, $n=566$)

Sachkenntnis	Mittel 1981-1995	Solar- initiative	Förder- abgabe	Lenkungs- abgabe	Ein- wanderungs- initiative	Konstruktives Referendum
Tief	21	23	36	42	15	61
Ziemlich tief	19	12	21	26	9	19
Ziemlich hoch	42	35	26	17	33	13
Hoch	19	30	17	15	44	7
Total	100% ($n=64'050$)	100%	100%	100%	100%	100%

¹ Das Niveau der Sachkenntnis ist eine Variable, die auf der Sachkenntnis aufbaut (Kenntnis der Titel der Vorlagen und ihres Inhalts) sowie auf der Fähigkeit der Einzelnen, ihre Wahl zu begründen (es konnten zwei Gründe angegeben werden). Da die Frage der Begründung aber nur jenen gestellt wurde, welche an die Urne gingen, konnte auch die Sachkenntnis nur bei den Stimmenden gemessen werden.

² Der Vergleich mit dem Mittel der Periode 1981-95 ist allerdings heikel, denn das Indiz über die politische Sachkenntnis ist etwas anders (sie baut auf 3 Fragen über die Auswirkungen auf, während es bei dieser Abstimmung nur 2 waren).

2. Zu den Auswirkungen der Kampagnen

Wir sehen in den folgenden Kapiteln, wie weit das Niveau der Sachkenntnis der Einzelnen zu ihrem Stimmverhalten beigetragen hat. Zunächst wollen wir einige Möglichkeiten aufzeigen, wie die Auswirkungen der Abstimmungskampagne für den 24. September eingeschätzt werden können. Erstens erlaubt *der Zeitpunkt, zu dem der Entschluss gefasst wurde*, zu verfolgen, wie sich der Entschluss für die Stimmabgabe in den verschiedenen Phasen der Kampagne entwickelt hat (Tabelle 2.1). Unsere Analyse zeigt auf, dass die drei Energievorlagen mit fortschreitendem Verlauf der Kampagne klar immer weniger Unterstützung erhielten. Während die Solarinitiative und der Gegenvorschlag des Parlaments bei jenen StimmbürgerInnen, welche ihren Entschluss bereits vor Beginn der Kampagne gefasst hatten, wahrscheinlich eine Chance hatten, so wurde die Basis für ihre Annahme während den sechs Wochen vor der Abstimmung immer kleiner. Das gleiche Phänomen zeigte sich bei der Lenkungsabgabe, wenn auch weniger deutlich. Dagegen wurde die Meinungsbildung über die beiden letzten Vorlagen durch die Abstimmungskampagne offenbar überhaupt nicht beeinflusst, wenigstens nicht linear, entweder weil man die Vorlagen zu gut kannte oder weil in der Kampagne selber Lücken bestanden.³

Tabelle 2.1: Prozentsatz von Ja für die Vorlagen nach Zeitpunkt der Entscheidung

Stimme	Entscheidung von Anfang an klar	3 bis 6 Wo. vor Abst. klar	2 Wochen vor Abst. klar	1 Woche vor Abst. klar	Weniger als 1 Wo. vor Abst. klar	Gamma
Solarinitiative	54	39	32	31	21	-.36***
Förderabgabe	55	45	41	36	29	-.27***
Lenkungsabgabe	45	33	31	29	25	-.23**
Einwanderungsinitiative	27	34	40	21	28	n.s.
Konstruktives Referendum	31	25	26	41	37	n.s.
n	87 ≤ n ≤ 218	65 ≤ n ≤ 106	66 ≤ n ≤ 85	44 ≤ n ≤ 61	54 ≤ n ≤ 82	

Eine Analyse des Einflusses der während der Kampagne zu Rate gezogenen Medien bestätigt unsere Einschätzung der Auswirkungen der Abstimmungsdebatten. Mittels eines Verfahrens der logistischen Regression (dessen zahlenmässige Ergebnisse wir hier nicht vorstellen) konnten wir den Einfluss der zehn wichtigsten während der Kampagne zu Rate gezogenen Medien auf das Stimmverhalten beobachten. Es zeigte sich, dass bei den Energievorlagen zwischen drei und fünf Medien einen Einfluss auf das Stimmverhalten hatten. Namentlich das Fernsehen trug in grossem Masse zur Ablehnung der Vorlagen bei, während die Abstimmungsbroschüre des Bundesrates eine kleine Tendenzwende zur Folge hatte. Dagegen hatte bei der 18%-Initiative kein Medium einen spürbaren Einfluss auf das Stimmverhalten. Und schliesslich hatten beim konstruktiven Referendum nur die Strassenplakate einen (kleinen aber wesentlichen) Einfluss auf den Entscheid.⁴

³ Wir nehmen an, dass die fehlende Struktur in der Entwicklung der Meinungsbildung sich je nach Vorlage aus diametral entgegengesetzten Gründen ergab. Bei der Einwanderungsinitiative waren wegen der Häufigkeit, mit der diese Art Vorlage bereits zur Abstimmung kam, und wegen der direkten Auswirkungen der Vorlage auf den Alltag jedes und jeder Einzelnen zahlreiche Meinungen und Werte zur Einwanderung beim Stimmvolk bereits vor Beginn der Kampagne internalisiert. Deshalb schmalerte wahrscheinlich die Verbreitung der Ideen und Referenzwerte zu dieser Vorlage den direkten Einfluss der Kampagne. Beim konstruktiven Referendum dagegen waren die Auswirkungen klar weniger bekannt und drängten sich weniger auf. Dass aber das Stimmverhalten von der Kampagne kaum beeinflusst wurde, kommt vermutlich daher, dass diese selber eher flau geführt wurde.

⁴ Erstaunlicherweise erhöhten die Strassenplakate die Zustimmung zum konstruktiven Referendum, obwohl nur eine knappe Mehrheit der Parteien die Ja-Parole herausgegeben hatte (EVP, Grüne, Lega, Partei der Arbeit, SPS). Andere Organisationen hatten sich allerdings für ein Ja zu diesem Ausbau der Volksrechte ausgesprochen, aber sonst wissen wir nicht, in welchem Mass die ad hoc-Komitees sich für die Vorlage eingesetzt hatten. Andererseits lässt der Einfluss der Strassenplakate (die oft eine Parole oder einen Slogan zusammenfassen), zusammen mit dem fast vollständig Fehlen einer Kampagne zu dieser Vorlage darauf schliessen, dass die StimmbürgerInnen sich sozusagen darauf beschränkten, «peripher» über das konstruktive Referendum abzustimmen, das heisst unabhängig von den Argumenten der Kampagne.

3. Die drei Energievorlagen

3.1 Die Ausgangslage

Laut der Solarinitiative sollte während 25 Jahren eine Abgabe von maximal 0,5 Rappen pro Kilowattstunde auf nicht-erneuerbaren Energien erhoben werden. Mindestens die Hälfte des Abgabebetrags sollte für die Nutzung der Sonnenenergie verwendet werden. Parlament und Bundesrat fanden die Vorlage zu extrem, da sie die Sonnenenergie gegenüber anderen Energiearten bevorzugte, insbesondere gegenüber der Energie aus Schweizer Wasserkraftwerken. Der offizielle Gegeneinwurf schlug deshalb eine Förderabgabe von 0,3 Rappen zugunsten erneuerbarer Energiearten vor, welche während 10 bis 15 Jahren erhoben werden sollte. Ein weiterer Entwurf des Parlaments zur Einführung einer Abgabe von maximal 2 Rappen pro Kilowattstunde hätte die erste Massnahme verlängern sollen. Diese so genannte Lenkungsabgabe hätte zur Senkung der Lohnnebenkosten beitragen sollen.

Die Tatsache, dass drei Vorlagen zum gleichen Thema zur Abstimmung gelangten, führte zu einer relativ komplexen Situation. Zunächst ging es bei allen drei um Energiesteuern, aber jedes Mal mit anderen Modalitäten und Zielen, weshalb die StimmbürgerInnen sich bemühen mussten, die Vorlagen zu unterscheiden. Dann stellte sich eine ganze Reihe von untergeordneten Fragen, die über das gemeinsame Thema der Energiebesteuerung hinaus gingen: Umweltschutz, Liberalisierung des Strommarktes, Neuausrichtung der Steuerpolitik, Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, Rolle des Staates usw. Und schliesslich eröffnete eine dreifache Abstimmung zu Energiefragen verschiedene strategische Möglichkeiten für das Stimmverhalten, welche von den vielen betroffenen Akteuren - Sozialpartner, Umweltkreise, Bergkantone – auch voll ausgeschöpft wurden... So wurde vor der Abstimmung die Komplexität des «Energiepakets» als wichtig angesehen, nicht nur für die Stimmbeteiligung, sondern auch für das Stimmverhalten selber. Die Frage stellt sich, ob der Schwierigkeitsgrad der Vorlagen, die dem Volk unterbreitet wurden, dazu führte, dass eher in einem Block gestimmt wurde, oder gar dazu, dreimal ein Nein in die Urne zu werfen, um den status quo zu behalten.

Zwar bestätigen die Resultate der Abstimmung vom 24.9.2000 scheinbar diese Hypothesen, die VOX-Umfrage erlaubt aber eine differenziertere Lesart dieser globalen Ablehnung.

3.2 Das Abstimmungsprofil

Tabelle 3.1 zeigt sehr schön das soziodemographische Profil der Gegnerschaft. Die soziokulturellen Variablen brachten am meisten Licht in die Sache, insbesondere das Ausbildungsniveau.

Allgemein kann gesagt werden, dass mit zunehmendem Ausbildungsniveau auch die positive Einstellung zu den Energieabgaben zunahm. So hat die Mehrheit der Personen mit Universitätsabschluss die drei Vorlagen gut geheissen. Zwar war die soziale Stellung insgesamt offenbar weniger bestimmend, doch stellten wir fest, dass bei der Lenkungsabgabe die Gegnerschaft zunahm, je tiefer die soziale Stellung war.

Tabelle 3.1: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Energielenkungsabgabe für die Umwelt – Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Solarinitiative % Nein	Förderabgabe % Nein	Lenkungsabg. % Nein	(n)	Korrelations- koeffizient
Total effektiv / Vox:	68	53	55	496/470/448	
<i>Geschlecht</i>					n.s./n.s./n.s.
Männer	63	54	57	277/264/258	
Frauen	67	52	53	219/206/190	
<i>Alter</i>					V=.18**/.21** /.19*
18–29 Jahre	54	29	42	45/40/41	
30–39 Jahre	58	44	44	102/95/93	
40–49 Jahre	71	59	69	91/88/81	
50–59 Jahre	74	53	54	99/94/93	
60–69 Jahre	81	67	64	70/67/60	
70 Jahre und darüber	67	58	58	89/86/80	
<i>Wohnort</i>					V=.11*/n.s. /.11**
Grosse Stadt	62	48	59	61/54/50	
Kleine und mittlere Stadt	70	55	48	216/204/193	
Land	73	56	59	219/212/205	
<i>Sprachregion</i>					n.s./V=.13* /n.s.
Deutschschweiz	68	57	56	380/359/347	
Romandie	70	40	52	98/94/84	
Italienischsprachige Schweiz	(71)	(50)	(50)	(18/17/17)	
<i>Schule/Ausbildung</i>					V=.18**/.20** /.24***
obligatorische Schulzeit	55	64	66	50/43/40	
Lehre, Berufsschule	72	60	63	253/241/231	
Matur, Lehramt	52	(36)	(42)	(26)/(25)/(23)	
Höhere Berufsschule, HTL	66	50	51	53/52/48	
Hochschule	56	45	49	42/41/38	
Universität, Polytechnikum	55	34	32	69/65/65	
<i>Soziale Stellung</i>					n.s./V=.18*/ /.19*
Landwirtschaft	(59)	(56)	(50)	(17/16/16)	
Freie/akademische Berufe	(82)	(78)	(86)	(10/10/8)	
Selbständig erwerbend	60	46	48	63/62/56	
Höheres Kader	74	63	(56)	31/(28)/(28)	
Mittleres Kader	67	50	54	134/131/123	
Lehrberuf	(57)	(21)	(20)	(14/13/12)	
Qualifizierte Arbeitskraft	75	60	62	146/138/137	
Unqualifizierte Arbeitskraft	(69)	(70)	(73)	(19/15/15)	
<i>Haushaltseinkommen</i>					V=.18*/0.15* /0.14
9'000	78	57	64	47/37/43	
7'000–9'000	67	48	52	42/36/43	
5'000–7'000	75	61	60	53/81/84	
3'000–5'000	54	44	45	52/49/53	
<3'000	67	59	58	29/25/27	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Auch der Wohnort hatte einen gewissen Einfluss auf das Stimmverhalten. Einerseits lehnten die Stimmenden auf dem Land die Energieabgaben vermehrt ab. Logischerweise war die Ablehnung bei den StadtbewohnerInnen, insbesondere der grossen Städte, viel weniger ausgeprägt. Dieses Resultat gilt für alle drei Energievorlagen. Und was die Unterschiede zwischen den Sprachregionen angeht, ist festzustellen, dass die Stimmenden in der Romandie die Förderabgabe in grossem Masse annahmen, im Gegensatz zu den beiden anderen Abstimmungsvorlagen, wo die Unterschiede zwischen den Sprachregionen klein und statistisch nicht signifikant waren.

Bei den demographischen Merkmalen stellten wir fest, dass das Alter in Energiefragen nach wie vor eine gewichtige Variable ist. Die unter Dreissigjährigen schienen die «grünen» Abgaben eher zu unterstützen, im Allgemeinen stieg die Ablehnung mit zunehmendem Alter. Religionszugehörigkeit und Geschlecht schienen die drei betreffenden Vorlagen nicht signifikant zu beeinflussen, allerdings stimmten ihnen die Frauen etwas mehr zu als die Männer. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine bereits in anderen Abstimmungen zu Energiefragen, namentlich 1990, 1984 und 1983 aufgetauchte Tatsache: die weiblichen Stimmenden zeigten sich im Allgemeinen für den Umweltschutz sensibler als die Männer.

Wie oft auch bei anderen Abstimmungen zu sehen war, ist das Profil der Stimmenden eher durch politische als durch soziodemographische Variablen geprägt (Tabelle 3.2).

Zunächst wirken die Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei oder das Misstrauen gegen die Regierung im Allgemeinen eher zugunsten eines Nein, das galt hier für die beiden Vorlagen des Parlaments ebenso wie für die Initiative. Diese Feststellung deutet darauf hin, dass man vielleicht diese zwei Indikatoren weitgefasst interpretieren sollte, als Zeichen der mangelnden politischen Integration, welche im Allgemeinen bei Volksabstimmungen zu einem Nein führt. Die Partei, mit der sich der oder die Stimmende identifiziert, ist nicht ohne Bedeutung, denn die Ablehnungsrate nahm bei den Energievorlagen in dem Mass zu, wie sich die Stimmenden von den progressiven zu den konservativen Parteien bewegten. Bei den SympathisantInnen von grünen Parteien und SP war der Anteil der GegnerInnen bescheiden, bei jenen von CVP und EVP nahm sie deutlich zu, wie auch bei jenen von FDP, SVP und Freiheitspartei usw. Man kann also sagen, dass die Parteiparolen im Allgemeinen von ihren SympathisantInnen «gehört» wurden. Dieses Resultat wird im Übrigen erhärtet durch die eigene Einordnung der Stimmenden auf der Achse links-rechts, da jene, welche sich links einordneten, weit stärker «grün» stimmten als jene, welche sich in der Mitte oder rechts einordnen. Die Analyse der Werte, welche sie vertreten, zeigt, dass die Ablehnung der Energieabgaben vor allem auf einen Graben zwischen Umwelt und Wirtschaft einerseits und zwischen Interventionismus des Staates und Gewährenlassen andererseits zurückzuführen ist. Man könnte auch sagen, es befanden sich mehr GegnerInnen der Energieabgaben unter jenen Befragten, welche das Wirtschaftswachstum (im Gegensatz zum Umweltschutz) und das Gewährenlassen (im Gegensatz zu staatlichem Eingreifen) wichtig finden. Wenn also nur die AnhängerInnen eines starken Staates an die Urnen gegangen wären, wären die drei Abgaben gutgeheissen worden!

Schliesslich wollten wir das Niveau der politischen Sachkenntnis der Stimmenden untersuchen, wobei sowohl ihre relative Kenntnis über die betreffende Vorlage wie ihre Fähigkeit zur Begründung ihres Entschlusses berücksichtigt wurden. Dabei stellten wir fest, dass bei der Gesamtheit der Stimmenden das Niveau bei allen drei Energievorlagen nicht sehr hoch war, nur bei der Solarinitiative lag es leicht höher. Hier zeigen die Resultate

Tabelle 3.2: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Energielenkungsabgabe für die Umwelt – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Solarinitiative % Nein	Förderabgabe % Nein	Lenkungsabg. % Nein	(n)	Korrelations- koeffizient
Total effektiv / Vox:	68	53	55	496/470/448	
<i>Vertrauen in die Regierung</i>					V=.24***
Vertrauen	59	42	44	245/239/224	/.28***
Unentschieden	58	45	50	51/49/47	/.23***
Misstrauen	71	71	73	187/169/165	
<i>Sachkenntnis</i>					n.s./V=.13*
Tief	67	61	48	60/110/120	/.23***
Ziemlich tief	60	59	70	68/118/147	
Mittel	59	50	44	196/147/98	
Hoch	50	45	53	172/95/83	
<i>Parteisympathien</i> ⁵					V=.42***
Sozialdemokratische Partei	32	26	27	80/78/78	/.41***
Grüne Partei/Grünes Bündnis	(27)	(0)	(15)	(13/12/1)	/.41***
CVP/EVP	82	55	71	51/51/49	
Freisinnig-demokratische Partei	78	78	72	63/62/60	
Schweiz. Volkspartei	84	68	72	47/45/46	
Rechtsausenpartei (FP, SD)	(80)	(60)	(75)	(5/5/4)	
Keine Parteisympathien	76	65	68	179/159/149	
<i>Einordnung auf der Achse links-rechts</i>					V=.37***
Links aussen	14	24	22	32/32/31	/.32***
Links	45	25	25	86/81/79	/.38***
Mitte	73	61	63	219/204/200	
Rechts	78	58	67	93/90/83	
Rechts aussen	(80)	(64)	(72)	29/28/27	
Keine Einordnung	84	81	(95)	30/28/(23)	
<i>Umweltschutz / flourierende Wirtschaft</i>					V=.26***/.11*
Umweltschutz	54	46	43	221/212/201	/.23***
Gemischte Wertvorstellungen	77	59	66	223/211/201	
Flourierende Wirtschaft	84	60	66	46/41/40	
<i>Intervention des Staates / Wettbewerb in der Wirtschaft</i>					V=.22***
Intervention des Staates	35	27	26	40/40/37	/.18***
Gemischte Wertvorstellungen	65	50	51	180/173/167	/.23***
Wettbewerb	74	60	65	253/235/223	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

⁵ Für diese Variable und für die Achse links-rechts wurden die Kategorie «keine Partei» und «keine Einordnung» zur Berechnung des Korrelationskoeffizienten nicht berücksichtigt.

eine bestimmte Verbindung zwischen der Sachkenntnis und dem Stimmverhalten: bei den GegnerInnen schien es weniger hoch zu sein als bei den BefürworterInnen. Doch müssen wir hier etwas nuancieren, denn die Feststellung gilt vor allem für die beiden Vorlagen des Parlaments, insbesondere die Lenkungsabgabe. Bevor wir die Begründung des Stimmverhaltens untersuchen, welches zusätzlich Licht in die Sache bringen dürfte, können wir bereits sagen, dass die Komplexität der Abstimmungsvorlagen zwar eine Ablehnung zu provozieren schien, dass dies allein aber in keinem Fall ausreichte, um die Stimmenden, welche für eine Veränderung der Energiepolitik waren, zu einem Nein zu veranlassen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Stimmverhalten sich hier nicht sehr von jenem unterscheidet, das bereits bei anderen Abstimmungen über energiepolitische Fragen (namentlich 1990, 1984 und 1983) festzustellen war. Die Konturen des Profils der aufkommenden «grünen» Wählerschaft bestätigten sich. Im grossen Ganzen geht es dabei um die unter 40-Jährigen, die in städtischen Zentren wohnen, ein höheres Ausbildungs- und Berufsniveau haben und institutionell integriert sind. Hinter diesen Merkmalen zeigt sich eine ideologische Grunddimension, denn hier handelt es sich vorwiegend um Personen, die sich links einordnen, sich auch mit linken Parteien identifizieren und Werte «post-materialistischer» Art vertreten.

3.3 Die Entscheidungsmotive

Schauen wir uns zunächst die Motive der BefürworterInnen der drei Energievorlagen an (Tabelle 3.3). Für die Zustimmung standen die beiden Themen Energie und Umwelt im Vordergrund (2. und 3. Grund). Konkreter, hinter der Zustimmung zu den Abgaben stand sehr oft der Wunsch, die alternativen/erneuerbaren Energien (einschliesslich Sonnenenergie) zu unterstützen, aber auch die Sorge um den Schutz der Umwelt und um die Zukunft. Allerdings muss präzisiert werden, dass diese Gründe zwar oft und überall genannt wurden, doch hatten sie je nach Abstimmungsvorlage unterschiedliches Gewicht. Während jene, welche die Lenkungsabgabe und besonders die Solarinitiative befürworteten, beide Gründe angaben, stand bei den BefürworterInnen der Förderabgabe offenbar eher der energiepolitische Grund im Vordergrund. Auch ein weiteres Anliegen zeigte sich bei Ersteren: das Funktionieren des Sozialstaates oder der Wirtschaft des Landes (5. Grund). So schien der neue Besteuerungsmechanismus, den die Lenkungsabgabe vorsah (Besteuerung der Energie statt der Arbeit), zumindest bei einem Teil der Stimmenden auf Zustimmung gestossen zu sein. Abgesehen von den Gründen, die mit dem Inhalt im Zusammenhang standen, wurden auch ziemlich oft allgemeine Gründe genannt (1. Grund), welche die Bedeutung, den vernünftigen Charakter usw. der Energieabgaben in den Vordergrund stellten.

Eine andere ebenfalls interessante Tatsache ist der relativ tiefe Anteil an verschwommenen Gründen, oder solchen, welche im Widerspruch standen zum Stimmverhalten des Befragten (6. Grund). Dieser Anteil lag kaum viel höher als bei anderen Abstimmungen über das gleiche Thema, zum Beispiel 1984 bei der Initiative über die Energieversorgung und der Initiative für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke.

Die von der Gegnerschaft vorgebrachten Gründe gegen die Energieabgaben (Tabelle 3.4) waren etwas zahlreicher. Auch davon wurden einige öfter genannt als andere. An der Spitze stehen finanzielle Gründe, wonach die erhobene Abgabe zu teuer sei, dass der

Tabelle 3.3: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Energielenkungsabgabe für die Umwelt – Gründe für ein Ja in Prozent der Teilnehmenden

Gründe	Solarinitiative	Förderabgabe	Lenkungsabgabe
1. Allgemeines («gute Idee», «vernünftig», «innovativ»)	21	18	27
2. Energiepolitische Gründe (Energiesparen, Unterstützung alternativer Energien)	57	72	33
3. Gründe bez. Umwelt oder Zukunft	61	28	37
4. Gründe betr. Vergleich der Vorteile zwischen Solarinitiative und Gegenvorschlag	–	10	–
5. Gründe bez. Sozialstaat oder Wirtschaft (Abbau der Lohnnebenkosten)	–	–	24
6. Verschwommene Gründe oder solche, die im Widerspruch zum Stimmverhalten der Befragten standen	11	11	17
7. Andere Gründe	5	8	8
Total*	155 (n=178)	147 (n=185)	146 (n=125)
* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.			

Tabelle 3.4: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Energielenkungsabgabe für die Umwelt – Gründe für ein Nein in Prozent der Teilnehmenden

Gründe	Solarinitiative	Förderabgabe	Lenkungsabgabe
1. Allgemeines (Massnahmen zu «extrem», «utopisch», «zu kompliziert»)	23	28	39
2. Finanzielle Gründe	60	48	39
3. Gründe bez. Steuern und Abgaben	21	31	33
4. Gründe bez. Treibstoff, Benzin, Auto	5	3	4
5. Kritik an der Sonnenenergie oder den Alternativenenergien allgemein	20	5	1
6. Gründe bez. der Vorteile der Initiative im Vergleich zum Gegenvorschlag oder umgekehrt	1	4	–
7. Kritik wegen Schwachstellen der Vorlage als solche	2	–	10
8. Verschwommene Gründe oder solche, die im Widerspruch zum Stimmverhalten der Befragten standen	8	5	1
9. Andere Gründe	9	12	11
Total*	149 (n=295)	136 (n=242)	138 (n=265)
* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.			

Staat die BürgerInnen bereits genügend zur Kasse bitte usw. (2. Grund). Etwas genauer, aber auch sehr persönlich gefärbt waren die Gründe im Zusammenhang mit Steuern und Abgaben, namentlich die Ablehnung zusätzlicher Steuern (3. Grund). Wenn man diese beiden Gründe zusammenzählt, könnte man glauben, die Energieabstimmung sei vor allem eine «Portemonnaie-Abstimmung» gewesen. Zwar spielten also die persönlichen Finanzen eine nicht zu vernachlässigende Rolle für den Stimmentscheid, doch muss auch auf andere, allgemeinere Gründe hingewiesen werden (wonach die Massnahmen als zu «extrem», «utopisch», «zu kompliziert» usw. angesehen wurden: 1. Grund) oder spezifischer (wenn die Gegnerschaft ihre Zweifel an der Effizienz der Alternativenergien ausdrückten: 6. Grund; oder gegen die Umverteilung der Lenkungsabgabe waren: 7. Grund). In diesem Zusammenhang finden wir auch mehrere verschwommene Gründe oder solche, die im Widerspruch zum Stimmverhalten der Befragten standen (8. Grund), aber das sind nicht besonders viele.

Einige interessante Elemente zeigten sich beim Vergleich der Gründe für das Stimmverhalten. Zunächst kann von einer Polarisierung zwischen finanziellen Erwägungen einerseits und Umweltsanliegen andererseits gesprochen werden. Sogar wenn diese Gründe bei weitem nicht die einzigen waren, so stechen sie doch hervor, und dies deutet auf folgende grundsätzliche Frage hin: «Wie viel darf/muss die Umwelt kosten?» Da können aus den früheren VOX-Umfragen viele Lehren gezogen werden. Namentlich bei der Abstimmung über den Energie-Verfassungsartikel vor zehn Jahren war bereits festzustellen, dass «die Vorschläge zum Energiesparen, welche auf das Portemonnaie jedes und jeder Einzelnen abzielten, auf keine Begeisterung stiessen» und dass «Steuern mit dem Ziel des Energiesparens allein auf grosse Opposition stossen können».⁶

Und was schliesslich die Frage angeht, ob die Komplexität der Abstimmungsvorlagen zu einem Nein führte, so deutet die grosse Anzahl der Argumente beider Seiten darauf hin, dass die Kausalität nicht so einfach lag und sogar zu einer Umkehr der Überlegungen führen konnte. Man kann sich also fragen, ob der «erste Faktor» nicht vielmehr die Haltung angesichts der Kosten des Umweltschutzes ist und weniger die Komplexität der Abstimmungsvorlage selber. Wenn die Grundhaltung negativ ist, findet der Stimmende in den Kosten einen praktischen legitimen Grund und ist weniger an Informationen interessiert, welche zu einem besseren Verständnis einer komplexen Vorlage führen könnten. Der gegenteilige Fall ist komplizierter. Sicher, der Wunsch, die Natur zu bewahren, sensibilisiert nicht nur hinsichtlich des Problems stärker, sondern motiviert gleichzeitig die Stimmenden dazu, sich zu informieren und über mögliche Lösungen nachzudenken. Dies wiederum erleichtert die Akzeptanz für zu bringende Opfer, in diesem Fall für eine zusätzliche Steuer.

3.4 Der Anklang der Argumente

Die Konfrontation der Stimmenden mit den Argumenten für und gegen die Abgaben hilft, ihre Aufnahmefähigkeit hinsichtlich der Umweltargumente einerseits und den Grad der Kohärenz zwischen ihrem Verhalten und ihren Gedankengängen andererseits besser zu verstehen (*Tabellen 3.5 und 3.6*). Aus Vergleichsgründen beziehen sich unserer Kommentare auf die beiden Tabellen zusammen.

⁶ VOX Nr. 40, Abstimmung vom 23.9.1990, S. 42 und 43.

Tabelle 3.5: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Lenkungsabgabe für die Umwelt – Anklang der Kontra-Argumente (Stimmende in Prozent)

Kontra-Argumente		Solarinitiative			Förderabgabe			Lenkungsabgabe		
		Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht	Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht	Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht
1. «Die Abgaben behindern die Schweizer Wirtschaft»	Total	50	40	10	48	41	11	50	39	11
	Ja	14	75	11	15	73	12	12	75	13
	Nein	72	18	10	74	17	9	70	20	10
2. «Die Abgaben sind überflüssig wegen des CO ₂ -Gesetzes»	Total	48	38	14	47	39	14	48	37	15
	Ja	17	70	13	20	64	16	20	63	17
	Nein	66	17	17	67	20	13	62	24	14
3. «Die Abgaben widersprechen den Marktgesetzen»	Total	42	38	20	42	39	19	42	39	19
	Ja	20	61	19	21	57	22	20	61	19
	Nein	55	24	21	57	25	18	53	28	19

Tabelle 3.6: Solarinitiative, Förderabgabe (Gegenvorschlag) und Lenkungsabgabe für die Umwelt – Anklang der Pro-Argumente (Stimmende in Prozent)

Pro-Argumente		Solarinitiative			Förderabgabe			Lenkungsabgabe		
		Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht	Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht	Ein- verst.	Nicht einverst.	Weiss nicht
4. «Die Abgaben sind gut für Umwelt und Gesundheit»	Total	55	38	7	57	36	7	55	38	7
	Ja	93	4	3	87	7	6	87	8	5
	Nein	32	59	9	34	58	8	38	54	8
5. «Die Abgaben unterstützen die Schweizer Wasserkraft»	Total	53	31	16	55	29	16	54	30	16
	Ja	76	10	14	79	8	13	78	9	13
	Nein	39	43	18	36	45	19	41	41	18
6. «Die Abgaben sind der Schweizer Wirtschaft dienlich»	Total	38	49	13	38	49	13	37	50	13
	Ja	67	19	14	63	21	16	66	19	15
	Nein	20	68	12	19	70	11	22	66	12

Es ist augenfällig, dass die Anzahl Stimmender, welche etwas zu den Argumenten sagen konnten, nicht sehr hoch war, jedenfalls im Vergleich zu früheren Abstimmungen über Energiefragen. Dies deutet schon darauf hin, dass die Befragten die ihnen vorgelegten Argumente mehr oder weniger kannten.

Wenn man nur die Gesamtheit der Stimmenden ansieht, zeigt sich, dass die Pro- und Kontra-Argumente ungefähr auf gleich viel Anklang stiessen (max. 57% und min. 37%), wobei Erstere etwas mehr Gehör fanden. Diese mehr oder weniger harmonische Verteilung zeigt sich auch bei den drei Energievorlagen. Also auch hier wird deutlich, wie nah die Abstimmungsvorlagen beieinander lagen.

Die Harmonie zeigt allerdings Risse, sobald die Ausrichtung des Stimmenscheids berücksichtigt wird. So ist auf Ebene der Argumente eine Polarisierung zwischen befür-

wortendem und gegnerischem Lager auszumachen, was beweist, dass der Entscheid der GegnerInnen durchdacht war. Aber einmal mehr muss nuancierter geurteilt werden.

Es scheint, dass die Kohärenz zwischen Haltung und Abstimmungsentscheid vor allem bei den Argumenten bezüglich der Wirtschaft gross ist. Anders ausgedrückt, die Polarisierung der Meinung ist bei Argumenten zur Schweizer Wirtschaft oder zum Funktionieren des Marktes am grössten (1., 3. und 6. Argument), und etwas weniger ausgeprägt bei Argumenten zur Notwendigkeit einer Energieabgabe (2. Argument). In den Tabellen ist die Verteilung der Akzeptanz oder der Ablehnung im gegnerischen Lager ziemlich symmetrisch. Dagegen gibt es Bereiche, wo die Unterschiede in der Haltung eindeutig kleiner sind, und wo die Kohärenz zwischen Haltung und Stimmentscheid weniger ausgeprägt ist, namentlich bei der Gegnerschaft. Es geht einerseits um die Umwelt und andererseits um die Wasserkraft (4. und 5. Argument). Bei beiden Arten von Argumenten bekräftigten die BefürworterInnen der Energieabgaben mehrheitlich deren Richtigkeit, während die GegnerInnen viel gespaltener sind. Natürlich widerlegten viele von diesen die Argumente, welche sie zu hören bekamen, dabei handelte es sich aber um eine eher «dünne» Mehrheit, und bei einem guten Drittel von ihnen stiessen trotzdem beide Argumente auf Anklang.

Diese Feststellungen deuten darauf hin, dass es in der Schweiz einen Konsens über zwei Fragen oder auch zwei Werte gibt: Umwelt und Solidarität (Letztere mit einer bedrohten Branche der lokalen Wirtschaft – der Wasserkraft). Die Unterstützung ist zwar bei den AnhängerInnen der Energieabgaben stark, ist aber auch bei den GegnerInnen vorhanden. Noch nicht ausgearbeitet ist der Konsens in der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, namentlich was die Notwendigkeit und die Modalitäten einer Staatsintervention angeht.

3.5 Die Abstimmungsstrategien

Wir haben es bereits erwähnt: drei Vorlagen über das gleiche Thema an einem Abstimmungsdatum schaffen eine komplexe Situation und eröffnen verschiedene Möglichkeiten für Abstimmungsstrategien. Zur Prüfung dieser Frage haben wir eine Abstimmungstypologie geschaffen, welche den Entscheid der Stimmenden angesichts der Gesamtheit der Umweltabgaben kombiniert (*Tabelle 3.7*).

Aus der Tabelle geht hervor, dass die «en bloc-Abstimmung» die vorherrschende Strategie war, wurde sie doch von einer grossen Zahl Stimmender angewendet. Rund die Hälfte von ihnen hat sich für ein dreifaches Nein entschieden, ein Drittel für ein dreifaches Ja und nur ein/e von fünf Stimmenden hat gemischt abgestimmt. Die politischen Parteien haben übrigens in grossem Masse zu diesem Abstimmen in einem Block beigetragen, denn die meisten hatten entweder eine Gesamtablehnung oder aber eine Gesamtannahme der drei Energievorlagen empfohlen. Umgekehrt schienen die nuancierteren Parolen auf weniger Anklang gestossen zu sein, denn die Empfehlung des Bundesrates oder der CVP (ein Ja zu den beiden Verfassungsartikeln und ein Nein zur Initiative) sowie jene des Komitees bürgerlicher ParlamentarierInnen (nur Annahme der Lenkungsabgabe, eine Variante, die sie «den dritten Weg» nannten) vermochten nur eine sehr kleine Minderheit der Stimmenden zu überzeugen (je 4 und 1%).

Tabelle 3.7: Stimmenscheid für die drei Energievorlagen

Solarinitiative	Förderabgabe	Lenkungsabgabe	%	(n)
nein	nein	nein	51	220
ja	ja	ja	29	125
nein	ja	nein	7	31
ja	nein	nein	4	17
ja	ja	nein	4	15
nein	ja	ja	3	12
ja	nein	ja	1	6
nein	nein	ja	1	4
Total			100	430

Wie weit haben die Ähnlichkeit der Themen und die Komplexität der Auswirkungen zu diesem Resultat beigetragen? Auch hier muss aufgrund der Prüfung des Niveaus der Sachkenntnis und des Anklangs der Argumente unterschieden werden. Die Analysen zeigen nämlich, dass das mittlere Niveau der Sachkenntnis innerhalb zweier Kategorien von «integralen» BefürworterInnen und GegnerInnen nicht weniger hoch ist als jenes der Gesamtheit der Stichprobe. Erstere weisen gar einen leicht überdurchschnittlichen Grad an Kenntnissen auf, wie wir auch der *Tabelle 3.2* entnehmen können. Sogar wenn wir dies aufgrund der einschränkenden Zahlen der anderen Kategorien von Stimmenden nicht allzu entschieden sagen können, kann trotzdem festgehalten werden, dass das Niveau der Sachkenntnis unter den ausgeklügelteren Abstimmungsstrategien stärker variiert, wobei jene, die nur die Förderung der Alternativenergien befürworteten («ja» zur Solarinitiative und zur Förderabgabe, «nein» zur Lenkungsabgabe) im Durchschnitt eine höhere Sachkenntnis aufwiesen und die AnhängerInnen des «dritten Wegs» die tiefste. So müsste also die angenommene Verbindung zwischen der Komplexität der Vorlage und der Abstimmung in einem Block doch stark relativiert werden.

Auch der Vergleich des Anklangs der Pro- und Kontra-Argumente nach Typ der Stimmenden ist interessant, denn er bringt eine politische Dimension ans Licht, welche die Grundlage jeder Abstimmungsstrategie bildet.⁷ Aus unseren Analysen geht hervor, dass die «integralen GegnerInnen» und jene, welche den «dritten Weg» wählten, mit grosser Mehrheit alle Kontra-Argumente guthiessen und umgekehrt die Pro-Argumente ablehnten, während die verbleibenden Kategorien durchwegs im gegnerischen Lager zu finden sind. Der Unterschied zwischen dem «dritten Weg» und den anderen Mischstrategien ist leicht verständlich. Eine Annahme der Lenkungsabgabe allein, der einzigen steuerlich neutralen Massnahme des Energiepakets, schien eine sehr kleine Konzession zu sein und bedeutete zum Beispiel nicht unbedingt Zustimmung zum Argument, wonach die Abgaben der Umwelt und der Gesundheit dienlich seien. Dagegen hätte eine Annahme auch nur der Solarinitiative oder der Förderabgabe, welche wegen ihres unverteilenden Charakters die radikalsten Massnahmen waren, schon eine andere Sensibilität in der Umweltfrage bedeutet.

⁷ Die Argumente sind die gleichen wie in den Tabellen 2.5. und 2.6.

4. Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung»

4.1 Die Ausgangslage

Die Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung», die so genannte 18%-Initiative, war nicht die erste zu diesem Thema. Ähnliche Vorlagen waren in den letzten drei Jahrzehnten bereits fünfmal abgelehnt worden.⁸

Auch dieser sechste Versuch, eine formale Einwanderungsbeschränkung in der Verfassung festzuschreiben, scheiterte in der Volksabstimmung: die so genannte 18%-Initiative stiess bei 64% der Stimmenden und allen Kantonen auf Ablehnung.

Die Initiative war 1992 von ultrakonservativen Kreisen lanciert worden, denen Freisinnige vom rechten Rand wie der Aargauer Parlamentarier Philipp Müller und Nationalrat Luzi Stamm, Schweizer Demokraten sowie einige Vertreter der SVP angehörten, darunter Hans Fehr, der Geschäftsführer der AUNS. Die Initiative wollte den Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung auf 18% beschränken. Ferner wollte sie eine neue Zählart für AusländerInnen einführen: bei der Berechnung neu mitgezählt werden sollten unter anderem Asylsuchende und Jahresaufenthalter. Wissenschaftler, Führungskräfte, Künstler, Studenten und Schüler sollten dagegen nicht eingerechnet werden.

Die Initiative wurde von der Linken sowie von CVP, Freisinnigen und Liberalen einmütig bekämpft. Tief gespalten war dagegen die SVP. Gegen die Meinung einiger ihrer einflussreichsten Mitglieder, namentlich Christoph Blocher und seines Präsidenten Ueli Maurer, sowie der Mehrheit der Kantonalsektionen, darunter diejenige des Kantons Zürich, empfahl die Delegiertenversammlung Annahme der Initiative. Das Engagement gegen die Initiative war von seltener Intensität. Ein Komitee «gegen die fremdenfeindliche Initiative», dem 186 Parlamentsmitglieder fast aller Parteien sowie mehrere kantonale DepartementsvorsteherInnen angehörten, bekämpfte die Initiative aus wirtschaftlichen Gründen. Das Komitee «Appell für eine tolerante Schweiz» seinerseits bekämpfte die Initiative aus humanitären Gründen und betonte die menschliche Bereicherung, welche das Zusammenleben mit AusländerInnen brachte. Und schliesslich investierte die Wirtschaft, insbesondere der Vorort, SBV und SGV, beträchtliche Mittel in die Kampagne gegen die Vorlage.

4.2 Das Abstimmungsprofil

Die Analyse der soziodemographischen Merkmale zeigt, dass die Initiative in keiner Bevölkerungsgruppe eine Mehrheit verzeichnen konnte. Wenn bei dieser Abstimmung auch keine grossen Gegensätze zwischen den verschiedenen sozialen Kategorien zu verzeichnen waren, variiert die Ablehnungsrate doch ein wenig, je nach den untersuchten Faktoren (*Tabelle 4.1*).

⁸ Am 7. Juni 1970 wurde die Initiative «gegen die Überfremdung», die so genannte Schwarzenbachinitiative, welche eine Quote für ausländische Staatsangehörige auf 10% festlegen wollte, in allen Kantonen ausser Genf (25%) von 54% der Stimmenden sowie von der Mehrheit der Kantone abgelehnt. Auch am 20. Oktober 1974 siegte mit 66% der Stimmen das Nein gegen die Initiative «gegen die Überfremdung und die Übervölkerung der Schweiz», welche die Einbürgerungen (auf 4000 pro Jahr) und die Anzahl ausländischer Staatsangehöriger (auf 500'000) beschränken wollte. Am 13. März 1977 wurden die «IV. Überfremdungsinitiative», welche eine Quote von 12,5% festlegen wollte, sowie jene «für eine Begrenzung der jährlichen Einbürgerungen» (auf 4000 pro Jahr) von 71% bzw. 66% der Stimmenden abgelehnt (s. Vox Nr. 1). Und schliesslich lehnten am 4. Dezember 1988 67% der Stimmenden die Initiative «für eine Begrenzung der Einwanderung» ab, welche die Regelung einführen wollte, wonach die Zahl der neu zugezogenen ausländischen Staatsangehörigen nicht höher sein durfte als jene der im Vorjahr registrierten Weggezogenen (s. Vox Nr. 36).

Tabelle 4.1: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total effektiv / Vox :	36		
<i>Geschlecht</i>			V=.13**
Männer	41	285	
Frauen	29	233	
<i>Alter</i>			V=.20**
18–29 Jahre	45	50	
30–39 Jahre	20	104	
40–49 Jahre	33	97	
50–59 Jahre	34	103	
60–69 Jahre	42	71	
70 Jahre und darüber	49	93	
<i>Wohnort</i>			n.s.
Grosse Stadt	33	63	
Kleine und mittlere Stadt	37	231	
Land	39	224	
<i>Sprachregion</i>			n.s.
Deutschschweiz	38	398	
Romandie	27	101	
Italienischsprachige Schweiz	(39)	(19)	
<i>Schule/Ausbildung</i>			V=.18**
Obligatorische Schulzeit	33	50	
Lehre, Berufsschule	37	272	
Matur, Lehramt	16	26	
Höhere Berufsschule, HTL	54	54	
Hochschule	23	44	
Universität, Polytechnikum	29	69	
<i>Soziale Stellung</i>			n.s.
Landwirtschaft	(52)	(20)	
Freie/akademische Berufe	(40)	(10)	
Selbständigerwerbende	27	63	
Höheres Kader	(36)	29	
Mittleres Kader	34	137	
Lehrberuf	(15)	(14)	
Qualifizierte Arbeitskraft	39	162	
Unqualifizierte Arbeitskraft	(29)	(20)	
<i>Konfession</i>			V=.17**
Protestantisch	34	229	
Katholisch	37	220	
Konfessionslos	51	47	
Andere	(0)	(16)	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Diese Abstimmung machte eine Kluft zwischen den Geschlechtern deutlich: die Männer nahmen die Initiative eher an als die Frauen. Auch ein Graben zwischen den Generationen zeigte sich: die 30- bis 39-Jährigen lehnten die Initiative kategorischer ab, die nachfolgenden Generationen lehnten sie am wenigsten deutlich ab. Seltsamerweise nahmen 45% der Jungen von 18 bis 29 Jahren die Initiative an: das sind zwar weniger als bei den über 70-Jährigen, aber mehr als bei den 60 bis 69-Jährigen! Diese nicht lineare Beziehung könnte bedeuten, dass die Auswirkung des Alters vor allem eine Auswirkung der Generation und weniger des Lebenszyklus war. Auch die Ausbildung wirkte sich aus. Zwar waren die Unterschiede zwischen den Kategorien sicher signifikant, die Beziehung zwischen Ausbildung und Stimmverhalten war aber nicht linear. Und schliesslich beeinflusste auch die Religion den Stimmenscheid bis zu einem gewissen Grad: bei dieser Variable zeigte sich ein Gegensatz zwischen den Konfessionslosen und den AnhängerInnen der beiden Hauptreligionen. Nicht ohne Interesse ist auch die Feststellung, dass bei dieser Abstimmung kein Unterschied zwischen den Sprachregionen festzustellen war, ebenfalls nicht zwischen den sozialen Stellungen oder zwischen Grosstadt- und LandbewohnerInnen. Ein weiteres interessantes Resultat: der Anteil ausländischer Staatsangehöriger in einem Wohnkanton hatte keinen Einfluss auf den Stimmenscheid, weder positiv noch negativ.⁹

Tabelle 4.2: Identifizierung mit einer Partei und Stimmenscheid bei den Überfremdungs-Abstimmungen

	% Ja			
	Initiative zum Schutz der Schweiz (1977)	Initiative für eine jährliche Begrenzung der Einbürgerungen (1977)	Initiative für eine Begrenzung der Einwanderung (1988)	18%-Initiative (2000)
SP	12	17	36	12
CVP	15	20	34	32 ^a
FDP	12	17	33 ^a	34 ^a
SVP	11	11	31	67

^a Einschliesslich Stimmende, welche der Liberalen Partei nahe stehen.
^b Einschliesslich Stimmende, welche der EVP nahe stehen.

Schauen wir uns nun den Einfluss der politischen Faktoren an, wo wir ausgeprägtere Unterschiede feststellen konnten (Tabelle 4.3). Die Identifizierung mit einer Partei brachte grosse Abweichungen, was die Annahme der Initiative angeht. Nur 12% der Stimmenden, welche der SP nahe stehen, 33% der SympathisantInnen der Grünen, 32% der SympathisantInnen der CVP und der EVP und 34% der Freisinnigen und der Liberalen nahmen die Initiative an. Aber auch die Parteien, welche die Ja-Parole herausgeben hatten, konnten Ihre Wählerschaft mobilisieren: 67% der SVP-SympathisantInnen und 71% der rechts aussen Stehenden hiessen die Initiative gut. Ein Vergleich der Beziehungen zwischen der Identifizierung mit einer Partei und dem Stimmenscheid bei den verschiedenen «Überfremdungs»-Abstimmungen ist interessant.

Tabelle 4.2 zeigt unter anderem, dass 1977 und 1988¹⁰ die SympathisantInnen der SVP die «fremdenfeindlichen» Initiativen in gleichem Masse ablehnten wie die Sympathi-

⁹ Wir erstellten eine bivariate Analyse zwischen dem Anteil ausländischer Staatsangehöriger im Wohnkanton und dem Stimmenscheid. Dabei stellte sich Cramer's V als nicht signifikant heraus.

¹⁰ Vox-Analysen gibt es erst seit 1977.

Tabelle 4.3: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total effektiv / Vox:	36		
<i>Vertrauen in die Regierung</i>			V=.30***
Vertrauen	24	258	
Unentschlossen	26	56	
Misstrauen	53	192	
<i>Sachkenntnis</i>			n.s.
Tief	37	36	
Ziemlich tief	30	48	
Mittel	37	185	
Hoch	36	249	
<i>Parteisympathien</i> ¹¹			V=.43***
Sozialdemokratische Partei	12	82	
Grüne Partei/Grünes Bündnis	(33)	(13)	
CVP/EVP	32	54	
FDP/Liberale	34	65	
SVP	67	52	
Rechtsausserparteien (FP, SD)	(71)	(7)	
Keine Parteisympathie	36	187	
<i>Einordnung auf der Achse links-rechts</i>			V=.35***
Links aussen	19	34	
Links	11	88	
Mitte	34	225	
Rechts	57	96	
Rechts aussen	66	32	
Keine Einordnung	52	34	
<i>Öffnung / Abschottung</i>			V=.42***
Für eine offene Schweiz	18	312	
Gemischte Wertvorstellungen	56	155	
Für eine abgeschottete Schweiz	69	40	
<i>Öffnung / Traditionen</i>			V=.29***
Für eine weltoffene Schweiz	22	224	
Gemischte Wertvorstellungen	39	213	
Für die Bewahrung der Traditionen	63	76	
<i>Chancengleichheit SchweizerInnen-AusländerInnen</i>			V=.43***
Chancengleichheit	14	221	
Gemischte Wertvorstellungen	39	147	
Bessere Chancen für SchweizerInnen	65	129	

¹¹ *p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

¹¹ Für diese Variable und für die Achse links-rechts wurden die Kategorien «keine Parteisympathien» und «keine Einordnung» für die Berechnung des Korrelationskoeffizienten nicht berücksichtigt.

santInnen der anderen Regierungsparteien. 1988 stimmten sogar weniger SVP AnhängerInnen als solche der anderen Regierungsparteien für die Initiative! Diese Resultate bestätigen das Gleiten der SVP und ihrer Wählerschaft nach rechts sowie die Polarisierung der Einstellungen gegenüber der Ausländerfrage.

Die Resultate, welche auf der Einordnung der Stimmenden auf der Achse links-rechts aufbauen, sind ebenso signifikant und deuten auf die starke Polarisierung zwischen links und rechts in dieser Frage hin. Die Auswirkungen der Selbsteindordnung auf der Achse links-rechts sind linear: je stärker rechts sich eine Person auf der politischen Skala einordnete, desto eher nahm sie die Initiative an.¹² Auch die einzelnen Wertvorstellungen strukturierten das Stimmverhalten stark. Unter den Personen, welche eine gegen aussen abgeschottete Schweiz fordern, kam die Initiative auf 69% Zustimmung. Dagegen nahmen nur 18% jener, welche sich eine weltoffene Schweiz wünschen, die Initiative an. Von jenen, welche eine starke Schweizer Identität bewahren möchten, stimmten 63% für die Begrenzung der ausländischen Bevölkerung auf 18%, gegenüber 22% jener, die für eine weltoffene Schweiz sind. Diese Zahlen bestätigen die Bedeutung der «schweizerischen Eigenart». Das Thema der Beziehungen zu den AusländerInnen – wie auch jene der Beziehungen zum Ausland oder zur Armee¹³ – strukturiert das Stimmverhalten stark und zeigt grosse Spannungen in der Schweiz auf. Dagegen hatte das Niveau der Sachkenntnis (Kenntnis der Vorlage) keinen Einfluss auf den Stimmentscheid. Vermutlich deshalb, weil der Inhalt der Initiative leicht verständlich war.

4.3 Die Entscheidungsmotive

Die Tabellen 4.4 und 4.5 geben die Beweggründe der BefürworterInnen und GegnerInnen der 18%-Initiative an. Im befürwortenden Lager wurden am häufigsten Gründe im Zusammenhang mit der als zu hoch angesehenen Anzahl ausländischer Staatsangehöriger genannt (80%). 29% nannten die Missbräuche und die durch die AusländerInnen verursachten Probleme. Von 14% bzw. 11% der Stimmenden wurde die Haltung der Behörden gegenüber dem Einwanderungsproblem sowie die Bewahrung des Vaterlandes und der Traditionen als Gründe angegeben.

Tabelle 4.4: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Gründe für ein Ja in Prozent

Grund	Teilnehmende
Es gibt zu viele Ausländer. Die ausländische Wohnbevölkerung muss auf 18% begrenzt werden.	80
Es gibt zu viel Missbrauch und zu viele Probleme durch die AusländerInnen	29
Versagen und Fehler der Behörden	14
Vaterland und Traditionen müssen bewahrt und verteidigt werden	11
Allgemeines, andere Gründe	23
Total*	157
* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.	

¹² Mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf der politischen Skala links aussen einordneten – von diesen hatten mehr die Initiative angenommen als von jenen, welche sich links einordneten (19% resp. 11%), aber weniger als jene in der Mitte (34%).

¹³ Die sehr signifikante Beziehung zwischen den Werten im Zusammenhang mit der Armee (starke oder schwache Armee) und dem Stimmentscheid bei der 18%-Initiative unterstützt diese These – die Wertvorstellungen bezüglich der Armee variieren im gleichen Masse wie die drei anderen untersuchten Wertvorstellungen.

76% des gegnerischen Lagers begründeten ihren Stimmenscheid mit der mangelnden Anpassungsfähigkeit der Initiative und ihrem Inhalt, welcher der humanitären Tradition der Schweiz widerspricht. 40% führten das wirtschaftliche Argument ins Feld, welches das Komitee «gegen die fremdenfeindliche Initiative» und die Wirtschaftsverbände vorgebracht hatten. 11% der Stimmenden betonten die positiven Aspekte der Präsenz von AusländerInnen in der Schweiz, was mit den wichtigsten Argumenten des Komitees «Appell für eine tolerante Schweiz» im Einklang stand.

Tabelle 4.5: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Gründe für ein Nein in Prozent

Grund	Teilnehmende
Die Initiative löst die Probleme nicht und widerspricht der humanitären Tradition der Schweiz	76
Die Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft/behindert sie	40
Die positiven Aspekte der Präsenz der AusländerInnen in der Schweiz	11
Allgemeines, andere Gründe	17
Total*	144

* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.

4.4 Der Anklang der Argumente

Die Argumente des gegnerischen Lagers polarisierten stark, was darauf hindeuten könnte, dass die Kampagne gegen die Initiative Wirkung zeigte (Tabelle 4.6). Das Argument, wonach eine Annahme der 18%-Initiative dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden würde, polarisierte am stärksten: 84% der GegnerInnen der Initiative stimmten ihm zu, 74% der BefürworterInnen lehnten es ab. Auch das Argument des Beitrags der ausländischen Wohnbevölkerung zum sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Reichtum der Schweiz war sehr polarisierend: 85% der GegnerInnen waren damit einverstanden, 58% der BefürworterInnen wiesen es zurück. Und schliesslich wurde das europäische Argu-

Tabelle 4.6: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Anklang der Kontra-Argumente (Stimmende in Prozent)

Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
Die AusländerInnen tragen zum sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Reichtum der Schweiz bei	Total	69	22	9
	Ja	34	58	8
	Nein	85	8	7
Eine Annahme der 18%-Initiative würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden	Total	63	30	8
	Ja	16	74	11
	Nein	84	13	3
Die 18%-Initiative steht im Widerspruch zu den bilateralen Verträgen der Schweiz mit der EU	Total	59	22	20
	Ja	28	50	22
	Nein	72	12	16

ment – die 18%-Initiative steht im Widerspruch zu den bilateralen Verträgen der Schweiz mit der EU – von 72% der GegnerInnen bejaht, 50% der BefürworterInnen waren nicht damit einverstanden.

Im Vergleich zu den Argumenten der gegnerischen Kampagne waren die Argumente zugunsten der Initiative viel weniger polarisierend (Tabelle 4.7). Lediglich das Argument, dass es in der Schweiz zu viele AusländerInnen gebe, polarisierte: 87% jener, die für die Initiative waren, waren mit dieser Aussage einverstanden, 62% jener, welche die Initiative ablehnten, lehnten auch diese Aussage ab. Die Pro-Kampagne hatte dagegen Mühe, das Stimmvolk vom wirtschaftlichen Argument zu überzeugen. Nur 45% jener, welche für die Initiative waren, waren mit diesem Argument einverstanden. Und doch hatten einige InitiantInnen vor allem mit wirtschaftlichen Gründen gefochten. Und schliesslich vermochte das Argument, wonach die Annahme der Initiative den Bundesrat dazu zwingen würde, seine Ausländerpolitik härter zu gestalten, 86% der Befürwortenden und 45% der Gegnerschaft der Initiative zu überzeugen.

Tabelle 4.7: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» – Anklang der Pro-Argumente (Stimmende in Prozent)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
Die gegenwärtige Ausländerpolitik ist zu lasch. Der Bundesrat muss sie härter gestalten	Total	56	33	11
	Ja	86	9	5
	Nein	45	44	11
Es gibt zu viele AusländerInnen in der Schweiz	Total	47	45	8
	Ja	87	9	3
	Nein	31	62	7
Von der 18%-Initiative profitiert die Schweizer Wirtschaft, denn nur die Zahl der unqualifizierten Arbeitskräfte würde begrenzt	Total	24	60	16
	Ja	45	41	15
	Nein	15	72	13

5. Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag» (Konstruktives Referendum)

5.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum)» wurde vor den Parlamentswahlen von 1995 lanciert und am 25. März 1997 mit 123 205 Unterschriften eingereicht. In der Vergangenheit hatte das Schweizer Stimmvolk bereits zweimal Änderungen der Volksrechte verworfen (1972 und 1961). Und es ist noch nicht so lange her, dass die Initiative der Denner AG¹⁴ mit grossen Mehr abgelehnt wurde.

Die Initianten verlangten eine Ausweitung der Volksrechte, wonach das Volk nicht nur über Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes befinden könnte, sondern auch über einzelne inhaltliche Änderungen: wenn 50 000 Stimmberechtigte einen Gegenvorschlag zu einem vom Parlament verabschiedeten Gesetz unterschreiben, entscheidet das Volk, ob es dem Text des Parlaments oder dem Gegenvorschlag den Vorzug geben will.

Der Bundesrat empfahl die Initiative zur Ablehnung, da sie ihm unausgereift und unausgewogen schien, sowohl auf Ebene der Gesetzgebung (da sie einvernehmliche Lösungen verhindern würde), wie wegen der Gültigkeit (Problem der Minimalschwelle für Referenden) und der Komplexität (mehrere mögliche Gegenvorschläge). Die bürgerlichen Parteien sprachen sich ebenfalls gegen die Initiative aus. Sie wiesen auf die Bedeutung politischer Gesamtpakete in einer Konkordanz- und Verhandlungsdemokratie hin und befürchteten eine mögliche Erschwerung oder Blockierung des Entscheidungsprozesses.

Die Vorlage kam vor allem aus dem linken Lager,¹⁵ aber auch von Parteien der Mitte und vom TCS. Diese Initiative wurde vom Stimmvolk deutlich verworfen, kam sie doch nur auf 34,2% Ja-Stimmen.

5.2 Das Abstimmungsprofil

Was die soziodemographischen Merkmale angeht, so ist festzustellen, dass nur das Alter einen bestimmenden und signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten hatte. Tatsächlich waren die Jüngsten empfänglicher als der Rest der Bevölkerung. Die Akzeptanz bei den 30- bis 39-Jährigen war ebenfalls verhältnismässig gross, diese waren gegenüber dem konstruktiven Referendum positiver eingestellt als die älteren Altersgruppen.

¹⁴ Volksinitiative (12. März 2000) «Für die Beschleunigung der direkten Demokratie (Behandlungsfristen für Volksinitiativen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs)».

¹⁵ SPS, PdA, Grüne Partei, EVP und verschiedene andere Linksparteien.

Tabelle 5.1: Initiative über das konstruktive Referendum – Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total effektiv / Vox:	34	319	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
Männer	37	190	
Frauen	30	129	
<i>Alter</i>			V=.19*
18–29 Jahre	(58)	(24)	
30–39 Jahre	42	70	
40–49 Jahre	28	52	
50–59 Jahre	33	58	
60–69 Jahre	26	48	
70 Jahre und darüber	28	67	
<i>Schule/Ausbildung</i>			n.s.
Obligatorische Schulzeit	50	26	
Lehre, Berufsschule	32	160	
Matur, Lehramt	(13)	(16)	
Höhere Berufsschule, HTL	42	37	
Hochschule	24	34	
Universität, Polytechnikum	40	46	
<i>Wohnort</i>			n.s.
Grosse Stadt	36	38	
Kleine und mittlere Stadt	28	136	
Land	38	145	
<i>Sprachregion</i>			n.s.
Deutschschweiz	33	246	
Romandie	42	62	
Italienssprachige Schweiz	(10)	(11)	
<i>Soziale Stellung</i>			V=.29***
Landwirtschaft	50	(13)	
Liberale/akademische Berufe	50	(8)	
Selbständigerwerbend	31	37	
Höheres Kader	(4)	(22)	
Mittleres Kader	28	97	
Lehrberuf	(54)	(10)	
Qualifizierte Arbeitskraft	41	87	
Unqualifizierte Arbeitskraft	(80)	(9)	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Bei den politischen Variablen (*Tabelle 5.2*) spielten die Identifizierung mit einer Partei sowie die Einordnung auf der Achse links-rechts eine ausschlaggebende Rolle. Wie zu erwarten setzte sich die linke Wählerschaft vermehrt zugunsten der Initiative ein. Dies ist nicht weiter erstaunlich, kam doch das Referendum aus dem linken Lager. Ferner war festzustellen, dass Personen, welche die Initiative eher ablehnten, auch eher wenig darüber wussten. Das heisst, je informierter jemand war, desto stärker war die Zustimmung. Die anderen Variablen, namentlich das Vertrauen in die Regierung, hatten keinen entscheidenden Einfluss.

Tabelle 5.2: Initiative über das konstruktive Referendum – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total effektiv / Vox:	34	319	
<i>Sachkenntnis</i>			V=.23***
Sehr klein	25	100	
Klein	26	108	
Mittel	45	71	
Gross	52	40	
<i>Parteisympathie</i>			V=.41***
SP	51	55	
Grüne Partei/Grünes Bündnis	(80)	(10)	
CVP/EVP	29	37	
FDP	3	47	
SVP	33	30	
Rechtsausenparteien (FP, SD)	(25)	(4)	
Keine Parteisympathie	29	100	
<i>Einordnung auf der Achse links-rechts</i>			V=.36***
Links aussen	68	23	
Links	55	62	
Mitte	26	138	
Rechts	15	60	
Rechts aussen	(37)	(19)	
Keine Einordnung	(31)	(13)	
*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.			

Wenn man die Frage der Sachkenntnis näher anschaut (*Tabelle 5.3*), stellt man fest, dass vor allem die gute Kenntnis der Vorlage entscheidend war für die Annahme der Initiative. Tatsächlich scheint die allgemeine und detaillierte Kenntnis der Vorlage zugunsten des konstruktiven Referendums gewirkt zu haben, während die Fähigkeit zur Begründung des Stimmentscheids nicht besonders signifikant war.

Tabelle 5.3: Initiative über das konstruktive Referendum – Stimmverhalten nach Sachkenntnis und Fähigkeit zur Begründung des Stimmentscheids

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total effektiv / Vox:	34	319	
<i>Kenntnis der Vorlage</i>			V=.24***
Keine Kenntnis	20	65	
Allgemeine Kenntnis der Vorlage	28	133	
Allgemeine und detaillierte Kenntnis	48	121	
<i>Fähigkeit zur Begründung des Stimmentscheids</i>			n.s.
Nicht vorhanden	25	72	
Mittel	34	160	
Gut	40	87	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Zusammenfassend kann das Abstimmungsprofil zugunsten des konstruktiven Referendums so definiert werden: Die BefürworterInnen waren eine politisierte Minderheit der Bevölkerung, welche die Vorlage sehr gut kannten, eher jung sind und vor allem politisch links stehen. Der Wohnort (Tabelle 5.1) erwies sich zwar als nicht signifikant,¹⁶ doch war eine Tendenz zu den städtischen Gebieten erkennbar. Dies erstaunt nicht, finden doch die Linksparteien ihre Wählerschaft vor allem in den Städten.

5.3 Die Entscheidungsmotive

Die Tabellen 5.4 und 5.5 zeigen uns, wie BefürworterInnen und GegnerInnen des konstruktiven Referendums ihren Stimmentscheid begründeten. Bei den Gründen im befürwortenden Lager ging es zum grössten Teil um das zentrale Thema der Volksrechte im Allgemeinen und das Referendum im Speziellen (1. und 2. Grund). Wenn man die weiteren Gründe kumuliert (3, 4, 5, 6) kommen sie zusammen nur auf 30%, was bedeutet, dass die Anliegen sehr gezielt waren. Dagegen sind die Gründe des gegnerischen Lagers unterschiedlicher. Allerdings steht das Thema Komplexität eindeutig im Vordergrund (7. Grund). Ferner scheint die Demokratie, wenn wir die Argumente beider Seiten vergleichen, ein gemeinsames Anliegen zu sein (1., 2. und 9. Grund), hat aber nicht auf beiden Seiten die gleiche Bedeutung (97% bzw. 21%).

¹⁶ Man kann davon ausgehen, dass die fehlende Signifikanz des Wohnorts auf die tiefe Anzahl der Antwortenden zurückzuführen ist (n=319).

Tabelle 5.4: Initiative über das konstruktive Referendum – Gründe für ein Ja in Prozent

Grund	Teilnehmende
1. Grund im Zusammenhang mit den Volksrechten (Stärkung der Demokratie)	51
2. Grund im Zusammenhang mit dem Referendum	46
3. Allgemeiner Grund	12
4. Inkohärente Gründe	8
5. Grund im Zusammenhang mit dem Tempo des Entscheids	6
6. Andere Gründe	3
Total*	126 (n=98)
* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.	

Tabelle 5.5: Initiative über das konstruktive Referendum – Gründe für ein Nein in Prozent

Grund	Teilnehmende
7. Grund im Zusammenhang mit der Komplexität	51
8. Allgemeiner Grund	23
9. Grund im Zusammenhang mit der Demokratie (Schwächung der Demokratie)	21
10. Andere Gründe	17
11. Inkohärente Gründe	4
Total*	116 (n=221)
* Das Total liegt über 100 %, weil zwei Antworten möglich waren.	

5.4 Der Anklang der Argumente

Die Tabellen 5.6 und 5.7 zeigen den Anklang der Argumente bei den Stimmenden. Bei den Pro-Argumenten (Tabelle 5.6) scheinen die ersten beiden Argumente einhellig auf Akzeptanz gestossen zu sein und zeigen ein kohärentes Verhalten der BefürworterInnen. Andererseits sind die Einhelligkeit und die Kohärenz weniger gross bei jenen, welche Nein gestimmt haben, ist doch ein grosser Teil von diesen mehrheitlich einverstanden mit diesen beiden Argumenten. Ferner ist festzustellen, dass die GegnerInnen des konstruktiven Referendums keine klar definierte Haltung haben. Ihr Anteil in der Kategorie «weiss nicht» ist in der Tat viel höher als beim Rest der Befragten. Dagegen scheint das 3. Argument nicht entscheidend gewesen zu sein, sind doch die Antworten auf beiden Seiten gleich verteilt.

Bei den Argumenten gegen die Initiative (Tabelle 5.7) ist erneut eine relative Einhelligkeit bei den GegnerInnen festzustellen, die bei den Befürwortenden dagegen, was das 1. Argument angeht, weniger ausgeprägt ist. Dagegen ist die Polarisierung zwischen den beiden Lagern in der Frage, ob das konstruktive Referendum eine Gefahr für die im Parlament ausgearbeiteten Kompromisse sei (2. Argument), eindeutig stärker. Man kann deshalb davon ausgehen, dass es bei der politischen Debatte um dieses Problem ging. Das 3. Argument schliesslich scheint nicht entscheidend gewesen zu sein.

Tabelle 5.6: Initiative über das konstruktive Referendum – Anklang der Pro-Argumente (Stimmende in Prozent)

<i>Pro-Argumente</i>		<i>Einverstanden</i>	<i>Nicht einverstanden</i>	<i>Weiss nicht</i>
1. Das konstruktive Referendum bringt dem Volk mehr Rechte, da es nun einen Gegenvorschlag machen kann.	Total	56	28	16
	Ja	85	6	9
	Nein	43	37	19
2. Das konstruktive Referendum ermöglicht es dem Volk, über jeden Punkt einer Vorlage getrennt abzustimmen, sich also nuancierter auszusprechen.	Total	55	27	18
	Ja	81	7	12
	Nein	43	36	21
3. Das konstruktive Referendum ist eines mündigen und verantwortungsvollen Volkes würdig.	Total	51	30	19
	Ja	32	33	35
	Nein	33	32	36

Tabelle 5.7: Initiative über das konstruktive Referendum – Anklang der Kontra-Argumente (Stimmende in Prozent)

<i>Kontra-Argumente</i>		<i>Einverstanden</i>	<i>Nicht einverstanden</i>	<i>Weiss nicht</i>
1. Das konstruktive Referendum kompliziert die Abstimmungen, weil es mehrere Gegenvorschläge geben kann.	Total	67	23	11
	Ja	40	50	11
	Nein	78	11	11
2. Das konstruktive Referendum gefährdet die vom Parlament in Kleinarbeit ausgearbeiteten Kompromisse.	Total	50	33	17
	Ja	18	67	15
	Nein	64	18	18
3. Das konstruktive Referendum verlangt eine punktuelle Änderung, doch sollte die Reform der Volksrechte umfassend sein.	Total	32	32	25
	Ja	32	33	35
	Nein	33	32	36

6. Die Stimmbeteiligung

Die Stimmbeteiligung der Abstimmung vom 24. September lag mit 43.3% im Mittel der letzten Jahre.¹⁷ Obwohl die Beteiligung bei den Personen in unserer Umfrage eindeutig höher lag (55.8%) – was einer Konstanten bei den VOX-Umfragen entspricht –, werden unsere Resultate von diesem Unterschied nicht direkt betroffen, interessieren wir uns doch im Wesentlichen für die *relativen* Abweichungen der Stimmbeteiligung nach Merkmalen der Stimmberechtigten.

Tabelle 6.1 zeigt die Auswirkungen der soziodemographischen Variablen auf die Stimmbeteiligung. Als Erstes ist festzustellen, dass das Geschlecht nach wie vor ein signifikanter Faktor ist: fast dreissig Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts gehen noch immer mehr Männer als Frauen an die Urne – allerdings ist das Verhältnis nicht bei allen Abstimmungen das gleiche. Die Auswirkung des Alters ist ganz klassisch, das heisst kurvilinear: Die Beteiligung nimmt schrittweise zu bis zu den 60- bis 69-Jährigen und nimmt dann nachher, bei den Ältesten, wieder ab. Immerhin ist der ungewöhnlich grosse Unterschied zwischen den beiden untersten Altersklassen festzuhalten, der darauf zurückzuführen ist, dass mehr als zwei Drittel der Jüngsten nicht an die Urne gingen. Weiter zeigte sich, dass die Stimmbeteiligung eng mit der sozialen Schicht zusammenhängt. Wie üblich – und bei dieser Abstimmung vielleicht noch mehr als sonst –, gehen jene Personen mit besserer Berufsausbildung, höherer sozialen Stellung (z.B. höhere Kader oder Freiberufliche) und mit höherem Einkommen mehr an die Urne. Umgekehrt nehmen jene, welche nicht über die obligatorische Schulzeit hinaus gekommen sind, nichtqualifizierte Arbeitskräfte oder Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter 3000 Franken eindeutig weniger an Abstimmungen teil als der Durchschnitt.

Zu diesem klassischen Effekt der sozialen Schicht kam ein Faktor der sozialen *Integration*: Verheiratete gingen öfter an die Urne als Ledige oder Konkubinatspaare, ebenso gingen WohneigentümerInnen öfter abstimmen als MieterInnen. Und schliesslich gab es, trotz der auch in einigen Westschweizer Kantonen eingeführten Erleichterungen (briefliches Abstimmen) noch immer einige regionale Unterschiede: in der Deutschschweiz beteiligten sich mehr Personen an Abstimmungen als in der Romandie oder im Tessin. Dagegen hatte der Wohnort (grosse oder mittlere Stadt, Land) keinen Einfluss auf die Stimmbeteiligung – vielleicht weil die Vorlagen nicht sehr sektoriell waren. Auch die Konfession oder die Häufigkeit des Kirchgangs scheinen für die Stimmbeteiligung nur eine marginale (wenn auch signifikante) Rolle gespielt zu haben.

¹⁷ Die mittlere Stimmbeteiligung zwischen 1993 und 1999 liegt bei 42% (Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 13. Juni 1999, S. 44).

Tabelle 6.1: Stimmbeteiligung am 24. September 2000 nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Abweichung vom Mittel	(n)	Korrelationskoeffizient
effektive/Vox-Beteiligung	43.3%	1036	
<i>Geschlecht</i>			V=,13***
Männer	50	511	
Frauen	38	504	
<i>Alter</i>			V=,14***
18–29 Jahre	23	170	
30–39 Jahre	43	203	
40–49 Jahre	45	184	
50–59 Jahre	54	173	
60–69 Jahre	56	120	
70 Jahre und darüber	52	165	
<i>Ausbildungsniveau</i>			V=,21***
Obligatorische Schulzeit	29	143	
Lehre, Berufsschule	42	556	
Matur, Lehramt	36	63	
Höhere Berufsschule, HTL	61	85	
Hochschule	65	62	
Universität, Polytechnikum	63	100	
<i>Soziale Stellung</i>			V=,18***
Landwirtschaft	44	43	
freie /akademische Berufe	(67)	13	
Selbständigerwerbend	54	112	
Höheres Kader	69	46	
Mittleres Kader	53	252	
Lehrberuf	46	24	
Qualifizierte Arbeitskraft	51	330	
Unqualifizierte Arbeitskraft	18	72	
<i>Haushaltseinkommen</i>			V=,14***
Unter 3'000.–	29	142	
Zwischen 3'000 und 5'000.–	37	260	
Zwischen 5'000 und 7'000.–	48	257	
Zwischen 7'000 und 9'000.–	53	118	
Über 9'000.–	63	93	
<i>Zivilstand</i>			V=,21***
Ledig	32	208	
Im Konkubinat	25	59	
Verheiratet	54	575	
Getrennt	40	69	
Verwitwet	39	88	
<i>Sprachregion</i>			V=,12***
Deutschschweiz	49	707	
Romandie	38	240	
Italienischsprachige Schweiz	23	68	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Bei den politischen Merkmalen (Tabelle 6.2) fällt zuerst der Einfluss des – etwa «populistisch» genannten – Grabens zwischen Personen mit Vertrauen in die Regierung und jenen auf, welche ihr nicht trauen. Dagegen gingen Personen, die diese Frage mit «unentschlossen» beantworteten, deutlich weniger an die Urne als die anderen. Darin müssen wir sicher eine indirekte Wirkung der politischen Sachkenntnis sehen, da jene, welche die Politik weniger gut verstehen, sich selber auch eher vom politischen Prozess ausschliessen.¹⁸ Zweitens sollte die Teilnahme tendenziell von der Bedeutung abhängen, welche der Abstimmungsvorlage beigemessen wird. Um diese Hypothese zu verifizieren erfassten wir bei jeder Person den höchsten Treffer bei der Messung der Bedeutung der fünf Vorlagen. Dabei gingen wir vom Prinzip aus, dass die Teilnahme vor allem von der «Antriebsvorlage» einer Abstimmung abhängt, und dass man sich im Entschluss, an die Urne zu gehen, von den weniger wichtigen Vorlagen nicht abhalten lässt.¹⁹ Tatsächlich hing die Teilnahme sehr stark von der Bedeutung ab, die man den Vorlagen beimisst: Stimmberechtigte, welche sie als eher unbedeutend betrachteten, gingen praktisch nicht abstimmen (eine Person von zehn), während jene, die eine der Vorlagen als sehr wichtig erachteten, zu 85% an der Abstimmung teilnahmen.

Dann ist festzustellen, dass die Einordnung auf der Achse links-rechts einen kurvilinearen Einfluss auf die Stimmbeteiligung hatte: diese war am höchsten bei den Leuten, welche sich ganz aussen auf der Skala einordnen (links oder rechts aussen) und sehr tief bei jenen in der Mitte. Allerdings muss festgehalten werden, dass Personen, welche sich selber nicht einordnen, noch weniger stimmen gingen als jene, die sich der Mitte zuordnen.²⁰ Ferner bestimmte auch die Nähe zu einer politischen Partei die Stimmbeteiligung, ebenso die allgemeine Häufigkeit der Teilnahme an Volksabstimmungen. Und schliesslich konnten wir feststellen, dass die Zugehörigkeit der Befragten zu verschiedenen mehr oder weniger mit den Vorlagen im Zusammenhang stehenden Organisationen (Flüchtlingshilfe-, Umwelt- oder Automobilistenorganisationen usw.) bis zu einem gewissen Grad erlaubt, die Teilnahme vorauszusagen, doch sind die Verbindungen relativ schwach.

Die vorliegende Analyse beruht auf einer Umfrage, die in den zwei Wochen nach der Abstimmung vom GfS-Forschungsinstitut durchgeführt wurde. Die Stichprobe entsprach der Norm der VOX-Analysen. 1063 Personen wurden nach dem Zufallsprinzip befragt. Durch dieses Vorgehen war wieder eine proportionale Vertretung nach Geschlecht, Alter, Wohnort und Sprachregion garantiert.

Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer Zufallsauswahl ein Vertrauensintervall von ± 3 Prozent. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt für die Gesamtstichprobe mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 47 und 53 Prozent.

¹⁸ Wir konnten dieses Merkmal nicht direkt berücksichtigen, denn es konnte nur bei jenen gemessen werden, die an der Abstimmung teilnahmen.

¹⁹ Diese Idee wird unterstützt von der Tatsache, dass fast ein Viertel der Stimmenden den Stimmzettel zu dieser – in den Augen der Stimmberechtigten relativ nebensächlichen – Vorlage (s. Kap. 1) zum konstruktiven Referendum leer gelassen haben, während fast ein Fünftel nicht mehr genau wussten, was sie gestimmt hatten, oder einfach keine Antwort gaben.

²⁰ In beiden Fällen ist es, wie bei unseren Aussagen im Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Regierung, wahrscheinlich, dass die tiefe Stimmbeteiligung indirekt auf die schlechte Sachkenntnis dieser Kategorien von Personen zurückgeht.

Tabelle 6.2: Stimmbeteiligung am 24. September 2000 nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Abweichung vom Mittel	(n)	Korrelationskoeffizient
Effektive Teilnahme	43.3%		
Total Vox:	55.8%	1015	
<i>Vertrauen in die Regierung</i>			V=.13***
Vertrauen	+4	469	
Unentschlossen	-15	153	
Misstrauen	0	369	
<i>Persönliche Bedeutung</i>			V=.59***
Tief (0-3)	-46	178	
Mittel (4-6)	-22	192	
Hoch (7-9)	+18	322	
Maximal (10)	+29	277	
<i>Einordnung auf der Achse links-rechts</i>			V=.25***
Links aussen	+14	49	
Links	+6	154	
Mitte	-2	453	
Rechts	+12	148	
Rechts aussen	+27	40	
Keine Einordnung	-24	147	
<i>Parteisympathie</i>			V=.33***
Keine	-14	504	
Sympathie	+7	275	
Ziemlich verbunden	+27	93	
Sehr verbunden	+37	57	
<i>Jährliche Stimmbeteiligung</i>			V=.61***
Nie	-43	178	
Selektiv	-6	500	
Immer	+40	306	

*p<.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

Die Analyse der Daten wurde mit dem Statistikprogramm SPSS durchgeführt. Die Interpretation bivariater Zusammenhänge stützt sich auf dem Koeffizienten von Cramer's V ab, welcher die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen misst. Der Wert 1 bedeutet vollständige, der Wert 0 gar keine Übereinstimmung. Werte unter 0.15 deuten auf einen sehr schwachen Zusammenhang hin. Cramer's V wird in den Tabellen nur angegeben, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit (Signifikanz) sich auf höchstens 0.05 beläuft. In diesem Fall ist der Zusammenhang zu 95 Prozent sicher. Wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit über 0.05 liegt, bedeutet «n.s.», dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Zur Messung des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängigen dichotomischen Variablen wurde ein Verfahren der logistischen Regression angewandt. Alle Aussagen zum Stimmentscheid basieren auf gewichteten Daten. Die Gewichtung berechnet sich dabei nach dem jeweiligen realen Stimmentscheid.

Bilanz der Abstimmungen

Am 24. September 2000 waren die Schweizer BürgerInnen aufgerufen, sich zu fünf Abstimmungsvorlagen zu äussern. Drei davon hatten einen energie- und umweltpolitischen Inhalt: (1) eine Initiative «für die Einführung eines Solarrappens» (im Folgenden «Solarinitiative»); (2) der Gegenvorschlag, den das Parlament ihr in Form einer Abgabe zur Förderung erneuerbarer Energien entgegengesetzt hatte (im Folgenden «Förderabgabe»); (3) ein Verfassungsartikel zur Einführung einer Energielenkungsabgabe. Der Abstimmung unterlagen noch zwei weitere Vorlagen: eine weitere Initiative (die sechste seit den 70er-Jahren) zur Begrenzung der Einwanderung sowie eine Initiative, die das «konstruktive Referendum» einführen wollte. Angesichts ihres formalen Status (Verfassungsänderung) unterlagen die fünf Vorlagen der Abstimmung von Volk und Ständen, aber keiner von ihnen ist es gelungen, auch nur eine einfache Mehrheit zu erreichen.

Zuerst einmal unterscheiden sich die Vorlagen untereinander bezüglich ihrer Wichtigkeit für die BürgerInnen. Die Initiative zur Beschränkung des Ausländeranteils in der Schweiz auf 18% wurde als sehr wichtig betrachtet, die drei Energieprojekte als mässig wichtig, während das konstruktive Referendum sehr wenig Interesse weckte. Deshalb hatten die Stimmberechtigten bei der 18%-Initiative am wenigsten Schwierigkeiten, sich eine Meinung zu bilden und waren in dieser Beziehung am besten informiert. Umgekehrt blieb das konstruktive Referendum verkannt und machte den BürgerInnen sehr viel Mühe, sich zu entscheiden. Im Falle der drei Energievorlagen ist das auffallende Element weder die Kompetenz noch die Unentschlossenheit der Stimmberechtigten – beide entsprechen dem Durchschnitt der letzten Jahre. Es zeigt sich allerdings, dass die Referendumskampagne einen Einfluss, in diesem Fall einen negativen, auf die Akzeptanz der drei Vorlagen hatte, was bei der 18%-Initiative und beim konstruktiven Referendum nicht der Fall war.

Die drei Energievorlagen

Die drei Energievorlagen, die am 24. September 2000 vom Schweizer Volk und den Ständen abgelehnt wurden, bildeten ein ziemlich komplexes Massnahmen-«Paket», das zahlreiche strategische Abstimmungsmöglichkeiten bot. Es zeigt sich, dass die Abstimmung in einem Block die vorherrschende Strategie war (übrigens von den meisten politischen Parteien empfohlen); tatsächlich entschieden sich mehr als die Hälfte der Stimmenden für ein dreifaches Nein und fast ein Drittel für ein dreifaches Ja, während nur ein Fünftel die Stimmen mischte. Die Abstimmung im «Dreierblock» zeugt jedoch nicht von einer geringeren Sachkenntnis.

Die Ablehnung der drei Energievorlagen war in den meisten soziodemographischen Kategorien vorherrschend. Das Ausmass der Ablehnung wurde jedoch grösser je nach Alter der Abstimmenden, ihres Wohnortes (das Nein war auf dem Land stärker verbreitet als in der Stadt) und vor allem nach dem Ausbildungsniveau. So gingen die Vorlagen bei Personen, die ihre Ausbildung am Ende der obligatorischen Schulzeit abgebrochen oder die eine Lehre gemacht haben, nicht durch, während die Mehrheit der Universitäts- und Polytechnikumsabsolventen dafür stimmte. Aber vor allem die politische Einstellung

der StimmbürgerInnen hat deren Abstimmungsentscheidung beeinflusst. Als erstes verleitete das Misstrauen gegenüber der Regierung zu einer negativen Entscheidung, und das sogar bei der Solarinitiative (die vom Bundesrat bekämpft wurde). Eine höhere Sachkompetenz führte zu einer leicht höheren Zustimmung zur Förderabgabe. Aber es waren vor allem die klassischen Indikatoren der ideologischen Position (Parteisympathie und Position auf der Achse links-rechts), welche eng mit der Abstimmung verbunden waren. Die Ablehnung der drei Energiesteuern stieg sehr deutlich, je mehr man sich auf dem politischen Schachbrett nach rechts bewegte oder unter Menschen, die keine politische Vorliebe angaben. Genauer stellt man eine grosse Kluft fest zwischen den linken ParteigängerInnen und jenen der Mitte, während die Unterschiede zwischen Letzteren und rechts abstimmenden BürgerInnen viel geringer ausfielen. Die ideologische Dimension der Abstimmung wird durch den Einfluss der Werte bestätigt, der eine Kluft zwischen den Interessen der Umwelt und denen der Wirtschaft und zwischen Interventionismus und Laissez-faire zeigt. Im Ganzen gesehen, gemahnt das Profil der BefürworterInnen der Energieabgaben an jenes, das schon bei anderen Abstimmungen zu den gleichen Themen aufgetreten ist: es handelt sich um eine junge, städtische Wählerschaft mit guter Schulbildung, die links ausgerichtet ist und Werte «post-materialistischer» Art vertritt.

Die Motive der Stimmagabe widerspiegeln dieses soziopolitische Porträt. Zwei Themen herrschten bei den BefürworterInnen der Abgaben vor: die Energie und die Ökologie. Was die Lenkungsabgabe betrifft, spielte das Funktionieren des Sozialstaates und der Schweizer Wirtschaft ebenfalls eine wichtige Rolle. Seitens der GegnerInnen wurden vor allem Gründe vorgebracht, die sich auf die Finanzen oder auf die Steuern beziehen («Portemonnaie»-Abstimmung) und, im Falle der Solarinitiative, gewisse Zweifel über die Anwendbarkeit der Alternativenenergien. Hinsichtlich der Hauptargumente der Kampagne zeigt es sich, dass die Positionen der BefürworterInnen und der GegnerInnen der drei Vorlagen deutlich polarisiert waren, mit Ausnahme des Arguments, wonach die Abgaben die Schweizer Wasserkraft unterstützen. Dies lässt einerseits darauf schliessen, dass die Solidarität mit einer bedrohten Branche der lokalen Wirtschaft einen gewissen Konsens hervorrief und andererseits, dass die Kampagne auf die Meinung der Abstimmenden durchaus einen Einfluss hatte.

Die 18%-Initiative

Der sechste Versuch, eine formale Einwanderungsbeschränkung in die Verfassung aufzunehmen, scheiterte in der Volksabstimmung erneut. Die Analyse der soziodemographischen Eigenschaften der Abstimmenden zeigt, dass die 18%-Initiative in keiner Bevölkerungsgruppe eine Mehrheit verzeichnen konnte. Die Frauen, die mittleren Altersklassen oder die Personen mit einem gewissen Bildungsniveau verwarfen die Vorlage zwar höher als der Durchschnitt, aber die Unterschiede bleiben gering. Die politischen Merkmale hatten dagegen einen beachtlichen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis. Die Personen, die angeben, der Regierung zu misstrauen, unterstützten die Initiative tendenziell stärker, wenn diese auch von einer Mehrheit unter ihnen abgelehnt wurde. Unter den ParteigängerInnen der SVP oder den Personen, die sich extrem rechts positionieren, zeigen sich allerdings Akzeptanzmehrheiten. Die Untersuchung des Abstimmungsergebnisses zeigt im Vergleich zu anderen Abstimmungen dieser Art (die «fremdenfeindlichen» Initiativen

von 1977 und 1988) eine Verhärtung der Position der SVP-SympathisantInnen gegenüber AusländerInnen und, allgemeiner, eine Polarisierung der Positionen zu diesem Thema – insbesondere da die Linke eine entschiedene Haltung zu Gunsten der ausländischen Bevölkerung eingenommen hatte. Diese ideologische Polarisierung drückt sich auch in der Beziehung zwischen den Werten und der Abstimmung aus: jene, die sich für ein Abschotten des Landes, für die Bewahrung der Traditionen und das Prinzip der nationalen Bevorzugung (bessere Chancen für Schweizer als für ausländische Staatsangehörige) einsetzen, stimmten der Initiative mehrheitlich zu.

Was die Entscheidungsmotive angeht, so wurde die «ausländische Überbevölkerung» von 80% der BefürworterInnen der Initiative vorgebracht; anschliessend kamen die Missbräuche und die Probleme, die durch die AusländerInnen entstehen (ungefähr 30%). Die Personen aus dem gegnerischen Lager begründeten ihre Entscheidung vor allem mit der Unangemessenheit der Initiative und mit ihrem Inhalt, welcher der humanitären Tradition der Schweiz widerspricht, sowie mit wirtschaftlichen Gründen. Was die in der Abstimmungskampagne vorgetragenen Argumente betrifft, waren jene, die ein Nein empfahlen, sehr polarisierend, das heisst sie wurden von den GegnerInnen der Initiative sehr weitgehend begrüsst und von ihren BefürworterInnen mehrheitlich abgelehnt. Bemerkenswert ist, dass das Argument, wonach die AusländerInnen zum sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Reichtum der Schweiz beitragen, von den GegnerInnen der Initiative eingebracht wurde und trotzdem bei einem Drittel der BefürworterInnen auf Anklang stiess. Im Gegensatz dazu scheinen die Argumente zu Gunsten der Initiative viel weniger wirksam gewesen zu sein, abgesehen von der sehr allgemeinen Aussage, dass es in der Schweiz zu viele AusländerInnen gebe. Das von den BefürworterInnen vorgebrachte Argument jedoch, wonach die Annahme der Initiative den Bundesrat dazu zwingen würde, seine Ausländerpolitik härter zu gestalten, vermochte auch ungefähr 45% jener Personen zu überzeugen, die den Text verwarfen.

Das konstruktive Referendum

Der Vorschlag, durch die Einführung eines konstruktiven Referendums die Volksrechte zu erweitern, wurde von fast zwei Dritteln der Abstimmenden abgelehnt. Tatsächlich fand die Vorlage nur unter den ganz Jungen (18–29 Jahre), bei den am besten über die Problematik informierten Personen und bei den linken WählerInnen Zustimmung – da sie aus dem linken Lager hervorgegangen war, überrascht dieses Ergebnis kaum. Im Gegensatz dazu haben die WählerInnen der FDP die Initiative klar verworfen (9% Ja), wie auch die Personen, die sich rechts positionieren (13% Ja). Die positiven Seiten der Volksrechte im Allgemeinen und des Referendums im Besonderen wurden von fast allen BefürworterInnen der Vorlage angesprochen. Von Seiten der Gegnerschaft wurde eher die Komplexität der Vorlage als Ablehnungsgrund genannt und manchmal die Angst vor einer Schwächung der Demokratie. Was die Argumente der Kampagne betrifft, so polarisierten diese kaum. So waren zum Beispiel weniger als ein Drittel beider Lager von zwei Argumenten überzeugt. Nur das Argument, wonach «das konstruktive Referendum die vom Parlament mühsam erarbeiteten, ausgewogenen Kompromisse gefährdet», wurde gleichzeitig vom Lager angenommen, an das es sich richtete, und vom gegnerischen Lager verworfen.

Die Stimmbeteiligung

Die Stimmbeteiligung bei der Abstimmung vom 24. September betrug 43.3% der Wählerschaft, das heisst sie entsprach dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Unter den zahlreichen soziodemographischen Faktoren der Beteiligung kann man den Einfluss des Geschlechts (die Stimmbeteiligung der Männer war höher als die der Frauen) und des Alters (die Jüngsten enthielten sich mehr als die Älteren) erwähnen. Die positive Beziehung zwischen der Beteiligung und dem Bildungsstand einerseits, der sozialen Stellung und dem Einkommen andererseits, drückt einen klassischen Effekt der sozialen Schichtung aus. Dazu kommt noch ein Effekt der sozialen Integration: verheiratete Personen beteiligen sich mehr an Abstimmungen als Ledige oder unverheiratete Partner, wie auch WohneigentümerInnen öfter abstimmen als MieterInnen. Schliesslich ist eine leichte Abweichung bei der Stimmbeteiligung zwischen den Sprachregionen zu beobachten. In der Deutschschweiz war die Beteiligung an der Abstimmung proportional höher als in der Westschweiz und im Tessin. Im Bereich der politischen Merkmale stellt man ohne Überraschung fest, dass die Beteiligung variierte, je nach Wichtigkeit der Vorlagen und nach allgemeiner Beteiligungshäufigkeit an Volksabstimmungen. Ferner fällt auf, dass die Einordnung auf der Achse links-rechts einen kurvilinearen Einfluss auf die Beteiligung hatte: sie war am höchsten bei Personen, die sich an den Enden der Skala (extreme Linke oder extreme Rechte) positionieren, und am geringsten unter den WählerInnen der Mitte. Die Personen, die sich überhaupt nicht auf dieser Achse positionierten, beteiligten sich allerdings noch weniger als die, die sich in der Mitte ansiedelten – was offensichtlich eine Konsequenz ihrer geringeren politischen Sachkenntnis ist.

Die vorliegende VOX-Analyse basiert auf einer durch die VOX-Partnerschaft durchgeführten Befragung, welche das GfS-Forschungsinstitut in den zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt hat. Die Interpretation der Ergebnisse nahm ein Forschungsteam der Abteilung Politikwissenschaft der Universität Genf vor. Befragt wurden 1026 StimmbürgerInnen, die nach einem systematischen dreistufigen Zufallsverfahren ausgewählt worden waren. Das GfS-Forschungsinstitut hatte als Kontrollorgan die Möglichkeit, die Interviews von aussen zu verfolgen.

Europa auf polittrends.ch –

Einstellung der Bevölkerung zur Europafrage vor, während und nach der Abstimmung zu den bilateralen Verhandlungen.

Seit zehn Jahren analysiert das GfS-Forschungsinstitut europäische Pro- und Contra-Strömungen in der Bevölkerung. Entstanden ist eine lückenlose Dokumentation über die Einstellung der Schweizer Bevölkerung in Europafragen, welche ihresgleichen sucht. Um die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterstreichen, sind diese Analysen nun auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich – unter www.polittrends.ch.

... GfS-«Europa-Barometer Schweiz»

. das aktuelle Europa-Barometer Schweiz, welches vom GfS-Forschungsinstitut seit rund zehn Jahren regelmässig erhoben wird und damit eine lückenlose Analyse allfälliger Meinungswandel der Bevölkerung in Europafragen ermöglicht – und dies über die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hinaus.

... Euro-Chronik

. eine Chronik über wichtige Ereignisse rund um die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen, seit dem Dezember 1996.

... Umfragen zum Stimmverhalten in Fragen der bilateralen Verträge

. Diverse Umfragen für öffentliche Stellen und das Schweizer Fernsehen im Vorfeld der Abstimmung vom 21. Mai 2000, welche Einblick in das Stimmverhalten und die dazu führende Motivation geben.

... VOX-Analysen

Nachanalysen zu wichtigen aussenpolitischen Abstimmungen im letzten Jahrzehnt in einer Kurzfassung, allen voran die EWR-Abstimmung und die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen.

Ferner finden Sie auf polittrends.ch links zu verschiedenen Homepages rund um die Schweiz und Europa.

In den letzten 6 Monaten von «polittrends.ch» haben sich rund 25'000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung Politik und Staat

Claude Longchamp, Abteilungsleiter

Luca Bösch, Webmaster